

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mkr. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verfammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 144.

Donnerstag, den 24. Juni 1897.

4. Jahrgang.

Mitbürger! Genossen! Agitiert eifrig für die bevorstehenden Bürgerchaftswahlen!

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 22. Juni 1897.

234. Sitzung.

Präsident v. Bülow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Am Bundesratsstisch: Bresselt, v. Bötticher. Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung der Handwerker-Vorlage.

In der Generaldiskussion nimmt das Wort der Abgeordnete

Nichter (Fp.): Wir sind in einer eigenthümlichen Lage. Innerhalb der Regierungen stehen Personalveränderungen bevor. Herr von Bötticher soll vor seinem Austritt stehen. Es wäre zu bedauern, wenn diese Vorlage die letzte während seiner 14jährigen Thätigkeit wäre, denn sie wird nur Zustimmung erregen. Sonst ist es konstitutioneller Brauch, die Parlamente zu vertagen, bis die Personalveränderungen erledigt sind. Man weiß ja gar nicht, ob die kommenden Männer mit den Vorlagen der früheren Minister einverstanden sind. Ich möchte diese Bedenken gegen die Weiterberatung der Vorlage äußern.

Staatssekretär v. Bötticher: Die Bedenken des Herrn Nichter sind hinfällig. Ich habe ein Abschiedsgesuch noch nicht eingereicht. Im Uebrigen hängt die Vertretung der Vorlage nicht von mir ab, sondern sie ist eine Vorlage des Bundesrats. Der Abg. Nichter mag sich beruhigen. Vorläufig hat die Trennungskommission noch nicht geschlagen, wenn sie vielleicht auch immer näher rückt. (Große Heiterkeit.)

Nichter (Fp.): Es handelt sich doch nicht um ein Gesetz für den Augenblick, sondern um ein großes organisches Gesetz. Der Minister hat das Vorhandensein einer Ministerkrise auch nicht bestritten. Ich meine also, die Bedenken sind recht begründet.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich bitte den Abg. Nichter nochmals, den Trennungsschmerz zu vertagen. Im Uebrigen bin ich ja heute da und kann die Vorlage, so gut oder so schlecht ich es vermag, vertreten. Ich verstehe die Bedenken des Abg. Nichter nicht. (Sehr richtig! rechts.)

Wichhaber (Antif.) trägt in längerer Rede Bedenken gegen die Vorlage vor, die ihm in künstlerischer Hinsicht nicht weit genug geht und weder Fisch noch Fleisch ist. Das Zentrum und die Konservativen müssten legischer Weise für Zwangs-Zunungen stimmen.

Staatssekretär v. Bötticher: Der Vorredner hat die alte Legende kolportiert, daß ich als unverbesserlicher Manchestermann im Bundesrat gegen die ursprüngliche preussische Handwerker-Vorlage gestimmt hätte. Das ist nicht richtig. Ich habe an allen Sitzungen des Bundesrats über die Vorlage Theil genommen und für die Vorlage gestimmt.

Meßner (Z.) bezeichnet es als außerordentlich bedauerlich, daß die einzige Errungenschaft der Kommissionsberatung, die Bestimmung, daß Lehrlinge nur von den zur Führung des Meister-Stifts Berechtigten ausgebildet werden dürfen, in zweiter Lesung wieder gestrichen worden sei, und zwar auf Antrag der Freisinnigen. Diesen lege nur daran, daß im Handwerk Alles drunter und drüber gehe; deshalb hätten sie auch diese Vorlage abzuschwächen gesucht, die in ihrer jetzigen Form geradezu als eine Errungenschaft des Liberalismus zu bezeichnen sei. (Lachen links.) Die Organisation, wie sie die Vorlage bietet, werde dem Handwerk gar nichts nützen. Nur obligatorische Zwangs-Zunungen vermöchten gegen die Uebermacht des Kapitals etwas anzukämpfen. Die Nachtheile der Vorlage überwiegen ihre Vortheile. Selbst handwerkerfreundliche Blätter haben uns zu veranlassen gesucht, für die Vorlage zu stimmen, weil sie einen „ersten Schritt“ zum Ziele darstelle. Aber solche „ersten Schritte“ thun wir seit vielen Jahren und kommen nicht von der Stelle. Lehrlinge können nur von wirklichen Meistern ausgebildet werden, nicht von Menschen, die sich eine Fabrik gekauft haben. Daß solche Fabrikanten Lehrlinge ausbilden dürfen, sollte eigentlich als grober Unfug bestraft werden. (Lachen links.) Unklar ist uns noch, aus welchen Kreisen die Staatskommission für die Handwerkerorganisation gewählt werden sollen. Hauptsächlich nicht aus den Kreisen der pensionirten Offiziere. Hoffentlich wird das Amt auch nicht nur im Nebenamt bekleidet. Ich habe noch sehr viele Bedenken gegen die Vorlage. Ueberlegen Sie es sich genau, ob Sie es mit Ihrem Genossen vereinbaren können, für ein solches Gesetz zu stimmen.

Jacobskötter (R.) polemisiert gegen den Abg. Wichhaber, der jetzt mit neuen Vorschlägen komme, nachdem er sich an den Kommissionsverhandlungen nicht betheilig habe. Er tritt für die Vorlage, besonders für die Handwerkerkammer ein. Diese würden nicht zur Bückung von Sozialdemokraten beitragen, der gesunde Sinn der Handwerksmeister werde das verhindern. Von dem Bopang des Abg. Wichhaber lasse er sich nicht scheiden. Er stehe auf dem Standpunkte des Vorstandes des Zentralnahrungsverbandes, der die Vorlage auch trotz der unläugbaren Mängel annehmen wolle. Der Abgeordnete Meßner habe stark übertrieben. Die Zunungen würden gern die Regelung des Fortbildungsschul- und Fortbildungswesens in die Hand nehmen. Er könne nur um Ausnahme der Vorlage bitten. (Bravo! rechts.)

Dr. Hise (Z.) tritt im Gegensatz zu seinem Fraktionskollegen Meßner für die Vorlage ein. Immerhin habe sich Abg. Meßner die Sache nicht so leicht gemacht, wie Herr Wichhaber. Von einer Konstitution des Vermögens der freien Zunungen könne aber nicht die Rede sein.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Dr. Wichhaber (Antif.) erklärt nochmals, die Vorlage erfülle ihren vornehmsten Zweck, dem Handwerk aufzuhelfen, nicht. Meßner polemisiert, obwohl er erklärt, die Geduld des Hauses nicht lange in Anspruch nehmen zu wollen, in ausführlicher Erörterung gegen den Abg. Hise.

Meßner (Z.) wiederholt die Ausführungen seiner ersten Rede.

Die Generaldiskussion wird geschlossen. In der Spezialdiskussion bestrachtet zu § 81 b Fischbed (Fp.) einen Antrag, wonach die Errichtung von Zunungsschiedsgerichten nur an Orten zulässig sein soll, für welche kein Gewerbegericht besteht, und tritt für die freien Gewerbegebiete gegen Zwangsschiedsgerichte ein.

Handelsminister Bresselt weist die Bedenken des Vorredners gegen Zunungsschiedsgerichte zurück. Die Zulässigkeit der Gewerbegebiete würde durch dieselben nicht berührt, dagegen böten die Zunungsschiedsgerichte als besonders sachverständige bessere Garantien für richtige Entscheidungen. Auf der Linken freilich scheine man mehr Werth auf die Fügigkeit als auf die Richtigkeit der Urtheile zu legen. (Unruhe links.)

Gamp (R.) tritt in gleichem Sinne für die Zunungsschiedsgerichte ein. Das Gewerbegerichtsweisen sei sehr mangelhaft entwickelt, und sachverständige Richter vermöchten besser zu urtheilen als solche, die ihrerseits erst Sachverständige vernehmen müssen.

Schmidt-Berlin (SD): Das Schiedsgerichtsweisen, wie es gegenwärtig bei den Zunungen besteht, ist äußerst mangelhaft organisiert. Die Interessen des Arbeiterstandes würden wenig gefördert werden, wenn die Arbeiter sich an die Zunungsschiedsgerichte zu wenden hätten. Die Urtheile der Zunungsschiedsgerichte werden durchgehends im einseitigen Sinne der Arbeitgeber gefällt, die im eigener Sache zu Gerichte sitzen. Von einer zuverlässigen, objektiven und unparteiischen Rechtsprechung kann da keine Rede sein. Auch kann bei den Zunungsschiedsgerichten die Öffentlichkeit ganz nach Belieben ausgeschlossen werden. Der Antrag Fischbed ist das Mindeste, was gefordert werden kann. Nehmen Sie ihn an, so bewahren Sie, wie wenig es Ihnen ernst ist mit dem Schutze der Arbeitnehmer. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vasfermann (R.) tritt für den Antrag des Abgeordneten Fischbed ein.

Stadthagen (SD): Den Gewerbegerichten, welche ein gesetzlich festgelegtes Verfahren und gesetzlich festgelegte Befugnisse haben, ist ein ganz anderes Vertrauen zu schenken, als den willkürlich urtheilenden Zunungsschiedsgerichten. Die Zunungsschiedsgerichte sind geradezu eine Behinderung des gesetzlichen Verfahrens, ihre Ausrufung verzögert nur die Geltendmachung der rechtlichen Ansprüche des Arbeiters. Nach Herrn Minister Bresselt ginge die Annahme dieses Antrages über den Rahmen des Gesetzes hinaus; das wäre nur der Fall, wenn Sie in den Rahmen dieses Gesetzes seine anderen als schlechte Bestimmungen hineinbringen wollen. (Bravo links.) Den Zunungsschiedsgerichten, die keine Zeugen eidlich vernehmen können, fehlt jedes Mittel zur Feststellung der Wahrheit. Geben Sie dem Arbeiter das Recht, sein Recht zu finden. (Beifall links.)

Dr. Hise (Z.) tritt für die Zunungsschiedsgerichte ein. Dieses Eintreten bedeute aber kein Mißtrauen gegen die Gewerbegerichte.

Der Antrag Nichter-Fischbed wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt; § 81 a und § 81 b nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Darauf verlegt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung). Schluß 5,30 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Regierungskrise bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ eine als hochoffiziös gekennzeichnete Auslassung folgenden Inhalts:

„An die Thatsache der Berufung des Herrn Finanzministers von Wiesbaden nach Berlin, wie an das Gerücht, daß Herr von Boetticher beabsichtige, vom Reichsamt des Innern zurückzutreten, werden in der Presse die mannigfaltigsten Vermuthungen geknüpft, welche den Ereignissen weit vorgreifen. Eine Würdigung im Einzelnen halten wir zur Zeit für unnöthig, so lange der thatsächliche Boden dazu fehlt. Nur das Eine möchten wir schon jetzt zurückweisen, daß Fürst Hohenlohe beabsichtige, sich auf den „Altentheil der auswärtigen Angelegenheiten“ zurückzuziehen, die ausschließliche Leitung der innern Politik aber anderen Händen zu überlassen. So lange Fürst Hohenlohe Reichskanzler und Ministerpräsident bleibt, kann er sich der Leitung der innern Angelegenheiten Preußens und des Reiches nicht entziehen. Eine selbstständige Vertretung für die gesammte innere Politik Deutschlands und Preußens ist unabhängig vom Reichskanzler und Ministerpräsidenten nach der Verfassung nicht zulässig.“

Danach hat es den Anschein, als ob das im „Hamb. Corresp.“ skizzirte Programm des Herrn von

Miquel vorerst nur noch in seinen Wünschen besteht, daß dagegen Fürst Hohenlohe mit der beabsichtigten Beiseiteschiebung seiner Person nicht einverstanden ist. Man kann es ihm nicht verdenken, daß er es ablehnt, neben einem Vizekanzler und Vizepräsidenten, der die Leitung der inneren Politik in Händen haben soll, lediglich eine dekorative Stellung an der Spitze der Regierung im Reich und in Preußen zu übernehmen. Er will in seiner verfassungsmäßigen Stellung der Herr bleiben, oder aber, so wird man hinzusetzen müssen, seinen Abschied nehmen. Hier ist wohl der eigentliche Grund für die Schwierigkeiten zu suchen, welche die Lösung der Krise hinausgeschoben haben. Das Programm des Herrn von Miquel, was in einigen Blättern bereits verkündet worden ist, wird also nur ein Zukunftsprogramm sein.

Da Herr von Miquel die Trauben der Vizekanzlerschaft offenbar vorläufig noch zu sauer befunden hat, so suchen seine publizistischen Vertrauensmänner schon vorzubringen, damit Herr von Miquel nicht eventuell als der Abgeblühte erscheine. Darum schreibt die Münchener „Allgem. Ztg.“:

„Herr von Miquel hat sich zwar trotz seiner Gesundheitsverhältnisse und trotz des Rathes seiner Familie und persönlichen Freunde, dem Wunsch des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe entsprechend, bereit erklärt, diesen nach Thunlichkeit zu entlasten, um ihm ein längeres Verbleiben auf seinem Posten, das er für eine dringende Nothwendigkeit hält, zu ermöglichen. Aber er hat dem Kanzler auf Grund seiner intimen Kenntniß der parlamentarischen Verhältnisse zu erwägen gegeben, ob nicht Graf Posadowsky besonders im Hinblick auf das Zentrum berufter wäre, den Kanzler im Reichstage zu vertreten, abgesehen von seinen persönlichen Dispositionen, die ihm nahe legen, das ihm so vertraute Finanzportefeuille nicht mit den ungewohnten Reichsgeschäften zu vertauschen und den ihm günstigen Boden im preussischen Abgeordnetenhaus nicht zu verlassen. Im Uebrigen werden für Herrn von Miquel die Wünsche und Anschauungen des Fürsten Hohenlohe, dessen längeres Verbleiben auf seinem Posten ihm als durch das Interesse des Vaterlandes dringend geboten erscheint, durchaus maßgebend sein.“

Es soll hier glauben gemacht werden, Herr von Miquel habe eigentlich gar nicht die Absicht, sich zum leitenden Staatsmann — so weit man von einem solchen heute überhaupt reden kann — emporzuschwingen. Besonders viele Gläubige wird es in diesem Falle nicht geben.

Die „Kreuzztg.“ glaubt, die Entscheidung über die Ministerkrise werde nicht allzu lange auf sich warten lassen. Das Junkerorgan nimmt als feststehende Thatsache an, daß der Rücktritt der Staatssekretäre Dr. v. Bötticher und Frhr. v. Marschall in absehbarer Zeit erfolgen werden. Ueber den Nachfolger des letzteren stehe noch nichts fest, es sei aber wohl anzunehmen, daß er dem Kreise der im auswärtigen Dienst erfahrenen Diplomaten angehören wird. Dem Finanzminister Dr. v. Miquel soll die Aufgabe zufallen, einmal den Reichskanzler zu entlasten, und zwar nicht bloß formell, dann aber die feste Einheitlichkeit der inneren Politik Preußens auch in ihrem Zusammenhang mit der deutschen zu erzielen. Unentschieden sei bis jetzt die Art, wie dies zu erreichen ist. Das Gerücht vom Rücktritt der Minister Freiherr v. d. Recke und Bresselt wird von der „Kreuzztg.“ für ganz unsufstanziiert erklärt, ebenso die Meldung, der Minister Dr. von Bötticher werde Oberpräsident von Schleswig-Holstein werden. Für diesen Posten ist nach wie vor der frühere Minister des Innern, Herr v. Köster, in Aussicht genommen.

Die „Freis. Ztg.“ will wissen, daß die Entscheidung nach Beendigung der Reichstags-session werde getroffen werden. Das könnte ja den Anschein erwecken, als ob man verhindern wolle, daß sich der Reichstag mit den neuesten Blüthen des Bismarckes befaßt. Bis zum Herbst, wenn der Reichstag wieder zusammenkommt, hofft man, daß die Gewöhnung ihre Wirkung gethan hat.

Preussisches Abgeordnetenhaus. Auf der Tagesordnung stand gestern die zweite Abstimmung über das Vereinsgesetz.

Sobrecht (R.) erklärte, die vorliegende Fassung sei eine nützliche Korrektur des Vereinsgesetzes. Seine Partei stimme dafür, er erklärte jedoch, daß seine Partei

jede weitere Aenderung des Versammlungs- und Vereinsrechtes ablehnen werde.

Richter (FVp.) führte aus, es sei unzulässig, eine Verfassungsänderung vorzunehmen, wenn sie nicht im Gehege selbst ausgedrückt sei. Redner erwähnte die Pressauslassungen über den Wechsel in den höchsten Stellen. Der „kommende Mann“ solle Dr. v. Mikiel sein; von ihm könne man, wie von Wallenstein sagen: „Was er glaubt, das weiß Niemand.“ (Stürmische Heiterkeit.) Mit den Herbstblättern werde auch Minister v. d. Rode fallen.

Graf Limburg-Stirum (K.) wies die Auslassungen des Vorredners zurück. Die Konservativen stimmten für die Vorlage, um sie an das Herrenhaus zu bringen. Als definitives Gesetz sei die Vorlage unannehmbar.

Richter (FVg.) bat den Präsidenten, seine Meinung über das geschäftsordnungsmäßige Vorgehen bei Verfassungsänderungen zu äußern. Der Minister des Innern sei verpflichtet, hier zu erklären, welche Stellung die Regierung zu der Vorlage einnehme.

Fehr. v. Heereman (Z.) erklärte, das Zentrum verharre in seiner früheren Stellung.

Minister **Fehr. v. d. Rode** bemerkte, die Angriffe der Abg. Richter und Richter verletzten die Regierung nicht. (Lachen links.) Was die Verfassungsänderung betreffe, so sei die Regierung zunächst als Hüterin der Verfassung berufen. Der Weg, den Abg. Richter vorschläge, sei gangbar, aber er sei unnötig. Der Finanzminister, der durch Unwohlsein am Erscheinen verhindert sei, halte das Verfahren des Abgeordnetenhauses für durchaus verfassungsgemäß.

Richter (FVp.) erklärte, schon viele Minister hätten gesagt, daß sie durch solche Anpassungen nicht tangirt würden, bis sie gegangen seien. (Heiterkeit.) Für die Landräthe seien ja alle Minister gleichberechtigt. (Lachen links.) Die Regierung mache jetzt ihren Kurs, als ob sie ganz allein auf der Welt sei.

Fehr. v. Zedlitz (FR.) trat für eine feste Politik gemäß dem Bielefelder Programm ein, aber im Reichstage sei jetzt eine verblendete Mehrheit. (Großer Lärm, Rufe: „Zur Ordnung!“ Der Abg. Richter ruft: „Was ist das für eine Geschäftsführung!“) Die übrigen Ausführungen des Abg. v. Zedlitz blieben unverständlich.

Präsident v. Köller bemerkte, der Ausdruck des Abg. von Zedlitz „Verblendete Mehrheit“ sei keine Verleumdung. Er könne daher den Abgeordneten nicht zur Ordnung rufen. (Stürmische Unruhe. Beifall rechts.)

Dr. Lieber (Z.) bemerkte, er halte den Abg. von Zedlitz nicht für so erleuchtet, daß die Mehrheit des Reichstages seine Angriffe sehr ernst zu nehmen brauche. Sein Vorwurf, mit einem solchen Reichstage könne man nicht deutsch-nationale Politik treiben, müßte von allen besonnenen Elementen abgewehrt werden.

Nach weiteren persönlichen Bemerkungen schloß die Debatte.

Der Gesekentwurf wurde sodann mit den Stimmen der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen angenommen.

Zu der Kaiserrede in Köln schreibt man der „Freis. Ztg.“: Die Rede führt an, daß am Fuße des Standbildes Wilhelm I. man auf einer Seite den Meer-gott mit dem Dreizack in der Hand sehe. Der Kaiser nahm daraus Anlaß, auf die Nothwendigkeit einer starken Macht zur See hinzuweisen, und folgerte aus der Anbringung des „Dreizacks in unserer Faust“ das besondere Verständniß der Kölner Bürgerschaft dafür.

Nun stellt aber die betreffende Figur gar keinen Meer-gott dar, sondern den friedlichen alten Vater Rhein, der neben dem Dreizack freundlichen Traubenschmuck trägt und seit alter Zeit schon auf den meisten rheinischen Standbildern zu sehen ist.

Reichstagschluß? „In maßgebenden Kreisen“ giebt man sich der Hoffnung hin, daß bereits am Sonnabend, den 26. Juni der Reichstag geschlossen werden wird. Bis dahin könne das vor der Vertagung in Aussicht genommene Pensum (dritte Lesung der Handwerker-Vorlage, die Nachtragsetats, der Besoldungsetat) erledigt, d. h. durchgepeitscht sein.

Im Reichstage gehen die Geschäftsdispositionen, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, der Nordd. Allg. Ztg. zufolge dahin, daß zunächst die dritte Lesung der Vorlage, betreffend die Handwerksorganisation, durchgeführt wird. Alsdann sollen die Besoldungsvorlage und die Nachtragsetats zur dritten Lesung gelangen. Weiterhin soll der Gesekentwurf, betreffend den Servistarif und die Klasseneinteilung der Orte, der ebenfalls noch der dritten Lesung harri, erledigt werden. Außerdem dürfte noch die Entscheidung über die Wahl des Abg. Dr. Merz getroffen werden. An die Erledigung weiterer Vorlagen und Anträge ist schwerlich zu denken.

Der Korrespondenz-Sekretär der Schatull-Verwaltung des Kaisers, Geh. Regierungsrath Nießner, ist von Neuem mit den Stadtmagistraten des Landes in Verbindung getreten. Unter dem 18. Juni d. J. versendet der genannte Herr an die Magistrate der Städte folgendes Schreiben:

Nachdem Se. Majestät der Kaiser und König in den beiden, dem Magistrat zugewandten Marine-Tabellen die Flottenverhältnisse des deutschen Reiches zur Anschauung gebracht haben, sind nunmehr von Sr. Majestät zwei Tabellen entworfen worden, die Panzerschiffe und Kreuzer der englischen Flotte darstellen. Auf Allerhöchsten Befehl beehre ich mich dem Magistrat diese beiden durch Druck vervielfältigten neuen Tabellen beifolgend ganz ergebenst zu übersenden.

Die eine der in bekannter Weise dargestellten Tabellen trägt die Ueberschrift: Panzerkreuzer 1.—3. Klasse und am

Schlusse die Notiz 114 Kreuzer 2.—3. Kl., 112 Panzerschiffe und Kreuzer = 226 Schiffe. Die zweite Tabelle: Schlachtschiffe überstrichen, trägt die Notiz: 73 Panzerschiffe (Schlachtschiffe und Küstenverteidiger), 39 Kreuzer 1. Klasse, davon 18 mit Seitenpanzer, zusammen 112, dazu 114 Kreuzer 2.—3. Klasse gleich 226 Schiffe gleich 56 Divisionen à 4 Schiffe. Eine Flotte ersten Ranges. Beide Tabellen sind mit W. I. R., Mai 1897, bezeichnet.

König Stumm scheint thatsächlich politisch ab-danken zu wollen. Dem „S. Corr.“ wird unterm 22. ds. aus Berlin telegraphirt: Fehr. v. Stumm hat in letzter Zeit nach verschiedenen Seiten hin, von denen seine Förderung nationalpolitischer Zwecke beispielsweise auch in Marinefragen angegangen wurde, auf das Allerentschiedenste erklärt, daß er sich von der aktiven Politik vollständig zurück-zuziehen entschlossen sei.

Ueber die Stichwahl in Wiesbaden schreibt Dr. Sigl in seiner protekten Art: Es erhält sich das Gerücht, daß bei der Stichwahl in Wiesbaden die Sozialdemokraten für den Centrums-kandidaten stimmen werden. Die „Sozi.“ sind bekanntlich dankbare Leute und vergessen die ihnen von anderen Parteien geleisteten Dienste nie. Daß sie aber dem vertollerten und volksverrätherischen Centrum Revanche geben, glauben wir vorerst noch nicht.

Die gothaische Regierung hat in Konsequenz des zweijährigen gemeinschaftlichen Etats auch für das Herzogthum Gotha den zweijährigen Etat eingeführt. Dem gegenwärtigen Spezial-Landtag für Gotha liegen außer bereits erwähnten sozialdemokratischen Anträgen noch andere wichtige Gesekentwürfe zur Erledigung vor. So eine Aenderung des Volksschul-Gesetzes mit Verbesserung der Lehrergehälter; obligatorische Einführung der Fortbildungsschulen; ein Jagdgesetz zc.

Außer den im Etat vorzubringenden Klagen und Beschwerden wird es besonders das Jagdgesetz sein, das heiße Kämpfe hervorrufen wird. In keinem deutschen Lande wird das Hochwild so gepflegt, als in Gotha. Es vernichtet dasselbe durch Auffressen der Bäume nicht nur fast den ganzen Waldbestand, es schädigt die kleinen Acker- und Wiesenkegler, die an und im Walde mit ihrem Grundbesitz liegen, ungemain. Und so laut und lebhaft die Klagen der Bevölkerung auch waren, Abhilfe ist bisher nicht geschehen. Ein Antrag des Genossen Bock in der vorigen Session, das Domänenabkommen aufzuheben — denn darin liegt der ganze Krebsgeschaden — welcher in dieser Session erneuert werden wird, hat bei dem Volke die größte Sympathie. Wenn im gothaischen Theil des Thüringer Waldes der zehnte Theil des Wildstandes vorhanden wäre, so wäre das immer noch mehr als genug.

Die Volksschullehrer-Gehälter sollen nach der Regierungsvorlage bis auf 2100 Mk. erhöht werden, der Landtag wird sie bis zu 2400 Mk. erhöhen. Auf eine Erklärung des Genossen Bock Namens der Fraktion bei dem Richterbesoldungs-Gesetz, daß wir nicht eher für eine wenn auch noch so minimale Erhöhung der Gehälter der Beamten stimmen würden, bevor nicht die unteren Beamten und staatlichen Arbeiter eine Verbesserung ihres Looses erfahren hätten, sagte die Regierung eine solche zu.

Und sie hat — Wort gehalten wie eben Minister Wort halten. Sie hat den Wegwarten ihre Gehälter von 1,40 Mk. auf 1,50 Mk. pro Tag, um 10 Pf. pro Tag erhöht. Wir werden der Regierung bei Berathung unseres Antrages betr. Minimalgehalt und Lohn von 3 Mk. pro Tag etwas nachhelfen.

In Bayern scheint sich ein gewaltiger Krach im Centrum vorzubereiten. Die bayerischen Bauern sind über die Schautelpolitik des Zentrums, das immer mehr sich als preußische Regierungspartei aufspielt, höchlich erbost und sagen in ihren Organen dem Centrum und seinen Führern sehr unangenehme Dinge. Ein Sündenregister derselben rollt der „Niederbayerische Bauer“, das Organ des dortigen Bauernvereins, auf. Dasselbe beklagt die Aufbesserung der Reichsbeamten, den Antrag Lieber auf Aufbesserung der Staatssekretäre, erklärt, daß das Centrum in der Vereinsgesetzfrage, „wie schon öfters“, dupirt worden sei, daß das Centrum, insbesondere Dr. Lieber, in der Majestätsbeleidigungs-Debatte seinen Mann nicht gestellt, tabelt, wie sich Dr. Lieber in der Marinefrage betragen zc. Wir wollen keine Beamtenschaft, keine Aufbesserung der Offiziersgehälter, die nur dem Militarismus zu Gute kommt, ruft das Bauernblatt. Der Artikel, der scharf und klar, mit vollem Bewußtsein dessen, was er sagt und was sein Sorgen bedeutet, geschrieben ist, schließt mit folgenden Worten:

„Es ist auf Verdienst des Herrn Dr. Lieber bei der Marinevorlage hingewiesen worden. Allein zu Unrecht. Dr. Lieber hat in dieser Frage gar kein Verdienst, denn als dieser Herr die angebliche Aeußerung des Kaisers, welche Letzterer zu Stumm gemacht haben soll (Kladderadatsch) hörte, da fiel ihm das Herz in die Hufe und er war bereit, die ganze Marinevorlage zu genehmigen, wenn nicht andere Herren und die Zentrums-Prese dazwischen gekommen wären. Ja! Ja! Wenn wir auch fern von Madrid wohnen, so hören wir doch Manches, was man eigentlich nicht hören soll.“

Noch schärfer geht Dr. Sigl in seinem „Bayer. Vaterland“ gegen das Centrum vor. Er schreibt:

„Das saubere Centrum weiß sich in Bayern nicht mehr zu helfen und zu rathen, es hat durch seine Miß-laufereien mit den Preußen allen Kredit ver-

loren. Als förderative Volkspartei hat es gewaltig umgeworfen, indem es dem „Bürgerlichen Gesekbuche“ einseitig Einführungs-gesetze einhellig zustimmte, welches Einführungs-gesetze unseren obersten Gerichtshof und damit das garantierte Reservatrecht der Justizhoheit über den Haufen wirft; es hat an Baiern Verrat geübt. Als „katholische Fraktion“ hat das Centrum seine bairischen Mitläufer die jüdisch-heidnisch-freimaurerische Zwangs-zivilische votirt, und damit Verrat an der katholischen Kirche begangen. Das Centrum hat sich aus einer förderativen Volkspartei, und auch als katholische Fraktion ungemauert in eine allzeit willfährige, bauchrutschende Hof- und Regierungspartei und Lieberpartei. Bei der nächsten Wahl bekommt es, bei uns wenigstens, nach der Stimmung der Bauernbundesversammlung von Deimhausen, seinen Lohn. „Herr, die Noth ist groß; die (preußischen) Geister, die ich rief, werd' ich nimmer los!“

„Baiern! Baiern! stuzt dieser, eure heiligsten Interessen verrathenden und um ein Vinsengericht an Preußen verkaufenden Reichläuferpartei (Zentrum) die Flügel bei der nächsten Wahl, so unbarmherzig kurz und blutig, als ihr könnt, damit ihr die verrätherische Herrschaft über euch vergeht, weil sich diese Hof- und Regierungsschranzpartei als die „allzeit ausschlaggebende Partei beweihrauchern läßt, wenn sie eine Mißthat am Volke durchgesetzt hat.“

Was aber den Zentrumsführern als das Bedenklichste erscheinen mag, ist, daß sich innerhalb der katholischen Geistlichkeit selbst der Oppositionsgeist regt. In dem zu Frankfurt a. M. erscheinenden „Anzeiger für die katholische Geistlichkeit Deutschlands“ erhebt ein Pfarrer R. seine klagende und warnende Stimme. „Das Centrum hat seine Mit-tagshöhe überschritten und neben Freunden auch seine Gegner, besonders in landwirtschaftlichen Kreisen, die mit den Segnungen mancher Gesetze nicht einverstanden sind. Im Klern sind viele stuhig geworden, seit das Centrum im neuen bürgerlichen Gesekbuche den sakramentalen Charakter der Ehe preisgegeben. Krant scissuras (es werden Spaltungen sein) — die nächsten Wahlen werden es zeigen, daß es bröckelt.“

Besonders schwer empfinden die katholischen Geistlichen die Bevormundung von Oben und die Maßregelung von niederen Geistlichen, wenn sie nicht mit der Zentrumsführung durch Dick und Dünn gehen. Der obengenannte Pfarrer empfiehlt, zum Schutz der Geistlichen ein besonderes Organ zu gründen: „Wenn wir so 10,000 Seelsorger uns einigen und der Kuratiele entwinden, die in politisch vielfach uns zugemuthet wird, so bilden wir mit dem Volke hinter uns eine legio triaria, (Kerntruppe) mit der gerechnet werden muß. Was da und dort ein Kirchenbureaukrat sich an Bevormundung erlaubt, dürfte in Zukunft sich nicht mehr wiederholen, wenn der Klerus durch ein entsprechendes Organ das nötige politische Selbstbewußtsein erlangt hat.“

Der vielberühmte Zentrumssturm scheint demnach wenigstens an seiner bairischen Ecke einige nicht ungefährliche Risse zu bekommen.

Der Ausschuß des Bundes der Landwirthe hat gestern den Abgeordneten Dr. Dieblich Hahn an Stelle des verstorbenen Dr. Suchsland zum Direktor gewählt. Eine sehr passende Wahl, um die Landwirthe immer mehr hineinzuordern.

Das „Margarine-Gesetz“ ist nunmehr amtlich veröffentlicht worden. Die Bestimmungen dieses Gesetzes treten am 1. Oktober d. J. in Kraft, abgesehen von § 4, welcher die getrennten Räume für Herstellung und Verkauf von Butter und Margarine fordert. Dieser Paragraph tritt am 1. April 1898 in Kraft.

Aus Hamburg wird geschrieben: Infolge des Margarine-Gesetzes hat der größte Konsumverein Norddeutschlands, der hiesige „Verein zur Verteilung von Lebensbedürfnissen von 1856“ beschlossen, den Verkauf von Butter ganz einzustellen. Der Verein besitzt 22 000 Mitglieder und zehn Verkaufsläden in den Arbeitervierteln in Hamburg.

Ob die Landwirthe viel Freude an den Folgen ihrer Gesekgebung haben werden?

Der Abschied des Präsidenten Dr. Bödiker. Der Präsident des Reichs-Versicherungsamts Dr. Bödiker gab gestern in einer Plenarsitzung des Amtes dessen Mit-gliedern seine Dienstentlassung unter dem Ausdruck des Dankes an die Erschienenen kund. Namens der voll-zählig erschienenen Mitglieder aus der Mitte des Bundes-raths sprach der bairische Ministerialdirektor von Herrmann, Namens der ständigen Mitglieder der Direktor Gaebel, von Arbeitgebernvertretern der Bau-meister F. E. J. und der Kommerzienrath Kettner, von Arbeitervertretern der Schlosser Guthheil-Berlin. Alle Redner widmeten dem scheidenden Präsidenten Worte warmer Anerkennung und herzlichsten Dankes. Der Arbeiter-Vertreter bemerkte u. A.:

„Wenn wir Arbeiter unserem Präsidenten auch keine Ehrenzeichen und keine Abzeichen überreichen können, so kann ich doch versichern, daß der Name des Präsidenten Dr. Bödiker in dem Herzen aller deutschen Arbeiterfamilien einen Platz hat und behalten wird.“

An Zölle und Verbrauchssteuern sind vom 1. April bis Ende Mai folgende Einnahmen zur Anschreibung gelangt:

Zölle 71 720 637 Mark (gegen denselben Zeitraum des Vorjahres + 2 915 271 Mk.), Tabaksteuer 1 455 106 Mark (+ 171 712 Mark) Zuckersteuer und Zuschlag zu derselben 10 059 070 Mark (— 17 069 678 Mark), Salzsteuer 6 487 683 Mark (+ 196 388 Mark), Maß-bottich und Branntweinmaterialsteuer 2 929 265 Mark.

(+ 73 888 Mark), Verbrauchsabgabe für Brauntwein und Buschlag zu derselben 19 348 221 Mark (+ 882 970 Mark) Brennsteuer 613 177 Mark (— 33 008 Mark), Brausteuer 5 212 152 Mark (+ 301 271 Mark) Uebergangsabgabe von Bier 603 761 Mark (+ 1917 Mark), Summe 118 429 072 Mark (— 12 559 269 Mark), Stempelsteuer für: 1. Wertpapiere 2 446 474 Mark (— 279 966 Mark), 2. Kauf- und sonstige Anschaffungsgegenstände 2 115 876 Mark (— 314 922 Mark), 3. Loose zu Privatlotterien 589 994 Mark (— 238 414 Mark), Staatslotterien 762 131 Mark (— 235 583 Mark), Spielartenstempel 205 109 Mark (+ 2047 Mark), Wechselstempelsteuer 1 595 621 Mark (+ 122 105 Mark), Post- und Telegraphenverwaltung 51 939 048 Mark (+ 3 905 585 Mark), Reichseisenbahnverwaltung 11 654 000 Mark (+ 22 000 Mark).

Die zur Reichskasse gelangte **3 st. Einnahme** abzüglich der Ausführvergütungen und Verwaltungskosten beträgt bei den nachbezeichneten Einnahmen bis Ende Mai 1897: Zölle 63 520 128 Mark (— 840 419 Mark), Tabaksteuer 1 461 171 Mark (+ 93 456 Mark), Zuckersteuer und Buschlag zu derselben 11 836 148 Mark (— 6 598 695 Mark), Salzsteuer 7 331 306 Mark (— 305 205 Mark), Maischbottich- und Brauntweinalkoholsteuer 3 708 290 Mark (+ 208 749 Mark), Verbrauchsabgabe von Brauntwein und Buschlag zu derselben 18 153 657 Mark (+ 347 531 Mark), Brennsteuer 488 162 Mark (— 18 960 Mark), Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 4 945 517 Mark (+ 257 538 Mark), Summe 111 444 379 Mark (— 5 176 167 Mark). — Spielartenstempel 283 237 Mark (+ 9127 Mark).

Griechenland.

Griechische Plänkereien. Aus Saloniki, 21. Juni, wird telegraphirt: Eine von der „Ethnik Petairia“ aus gestiftete, 400 Mann starke Bande, die bei Mesovo in türkisches Gebiet eingedrungen war, wurde nach Verlust von 120 Todten und 80 Gefangenen aufgerieben. Die zwei gegen die Bande kämpfenden türkischen Bataillone hatten 15 Todte, 30 Verwundete.

Lübeck und Nachbargebiete.

23. Juni.

Zuzug ist fernzuhalten von Tischlern nach Ostock, Schlossern und Maschinenbauern nach Dänemark.

Achtung Holzarbeiter! Nach den Möbelfabriken von Gebr. Wasserstradt, W. Senff, P. M. Th. Bahrst, J. P. S. Pamperin, F. Schramm, Demuth u. Co., sowie L. D. S. Wangert ist der Zuzug streng fernzuhalten. Anfragen u. s. w. sind zu richten an D. Rohde, Lederstraße 3. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Der Prozeß Franz Kottau mit seinen eigenartigen Begleiterscheinungen erregt noch immer die Gemüther, und namentlich am Wohnort der Beteiligten, in Schwartau-Rensfeld, ist man starr vor Verwunderung über den sonderbaren Verlauf und Ausgang desselben. Die Darstellungen, welche aus Grund der an interessanten und unerwarteten Zwischenfällen reichen Landgerichtsverhandlung von den hiesigen bürgerlichen Blättern über den Ursprung des Prozesses und die Motive der Belastungszeugen geboten werden, entsprechen nach unserem Dafürhalten den Thatfachen so wenig, daß wir uns veranlaßt sehen, die ganze Angelegenheit noch einmal von Anbeginn an nach dem von uns gewonnenen Eindruck zu schildern. Franz Kottau war einer derjenigen Arbeiter, welche bei dem Thiel'schen Streik sich ihren Kollegen nicht anschlossen, sondern, wie der stehende Ausdruck der bürgerlichen Presse lautet, „ruhig weiter arbeiteten“. Es folgten dann jene Ereignisse, die der Lübecker Justiz Veranlassung gaben, einzuschreiten und mit einzig dastehender Strenge die „Ausweisungen“ der Streikenden zu ahnden. Prozesse wegen Verleumdung „Arbeitswilliger“, wegen Bedrohung, Körperverletzung u. waren ja eine Zeitlang an der Tagesordnung. Und in einer großen Anzahl von Prozessen spielte Franz Kottau die Rolle des Hauptbelastungszeugen. Wir haben, ein so bedeutliches Beginnen es damals mitten im heißesten Kampfe war, unserer auf persönlicher Anschauung und scharfer Beobachtung beruhenden Ansicht über diesen Zeugen resp. seinen Zeugenweith sofort scharfen Ausdruck verliehen. Franz Kottau ist, das muß jeder Unbefangene zugeben, ein leichterregter, einen konfusem Eindruck machender Mensch, der bei alledem aber nicht ungeschickt ist und beweglich und lebhaft sich zu vertheidigen weiß. Bei alledem können wir, eben weil wir auch die übrigen Personen aus eigener Anschauung und Prüfung kennen, seinen Bekundungen wenig Glauben beimessen. Es war am 14. Januar d. J., als in der Berufungsinstanz gegen den Arbeiter Meinhart wegen angeblicher Verleumdung des Kottau seitens der Vertheidigung die Glaubwürdigkeit des Kottau bezweifelt und auf das Zeugniß von drei Personen verwiesen wurde, welche bekunden sollten, daß Kottau sich in geringfügiger Weise über den Eid geäußert habe. Und unabhängig von einander und mit eindrucksvoller Bestimmtheit sagten alle drei zu Ungunsten des Kottau aus, und zwar, wie von der Vertheidigung ausdrücklich und mit Recht hervorgehoben wurde, führten sie nicht ein und denselben Fall an, — was ja unter Umständen auf Verabredung hätte schließen lassen können — sondern schilderten in überaus glaubwürdiger Weise drei zeitlich in keinerlei Verbindung stehende Vorgänge. Wir persönlich würden — abgesehen davon, daß wir das Faktum jeberzeit als unbewiesen angesehen haben — den fraglichen

respektvollen Äußerungen keinerlei besondere Bedeutung beigemessen haben. Dergleichen ungehörige und unbedacht-same Redensarten fallen leider im täglichen Leben oft, ohne daß die Urheber sich etwas dabei denken. Aber Kottau stellte sie unter Eid in Abrede, und der Kontrast zwischen seinen Aussagen und denen der drei anderen Männer war ein so großer, daß das Gericht sich veranlaßt sah, die Bekundungen der Drei protokollieren zu lassen. Ebenso stellte Kottau unter Eid auf das Entschiedenste in Abrede, je Stroh gestohlen zu haben, was in der Verhandlung so beiläufig behauptet worden war. Ein Befahren gegen ihn wegen falscher Aussage wurde nicht eingeleitet, und zwei Tage darauf sahen wir ihn wiederum als Hauptbelastungszeugen in dem sensationellen Prozeß Kersten und Wenggen. Auch hier fiel uns die verblüffende Bestimmtheit seiner Aussagen auf. Wir haben manchem Prozesse beigewohnt, aber selten einen Zeugen aus dem Arbeiterstande getroffen, dem eine so überraschende Präzision eigen war. Gegen seine eigenen Mitzeugen, die zum Theil recht schwankend und unbestimmt waren, stand er in dieser Beziehung wirklich vortheilhaft ab. Was uns jedoch an dem Manne am Auffälligsten war und uns — nicht etwa als Angehörigen einer politischen Partei, sondern aus rein psychologischen Gründen — das Vertrauen zu ihm raubte und uns unangenehm berührte, das war das von ihm beliebte völlig unmotivirte Hineinziehen von Dingen, welche zunächst gar nicht zur Sache gehörten, das auffällige, häufige Betonen seines nichtsozialistischen Standpunktes und seiner Zugehörigkeit zum Kriegerverein. Ohne danach gefragt zu sein, ohne durch den Gang der Verhandlungen auch nur indirekt dazu veranlaßt zu sein, gab er seine politischen Anschauungen kund, stellte sich als Märtyrer derselben dar, und suchte seine Gegner als von Neid und Haß gegen ihn befeuert zu charakterisiren. Die Prozesse gingen zu Ende. Sämtliche Angeklagten wurden hart getroffen und wanderten nach und nach in's Staatsquartier. Da fand nach geraumer Zeit vor dem Schöffengericht zu Schwartau eine Verhandlung statt gegen eben unsern Franz Kottau, und zwar stand er unter der Anklage des Strohdiebstahls, den er so energisch eidlich in Abrede gestellt hatte. Sein Komplize bei diesem Vergehen hatte sich selbst bezichtigt, und das Schöffengericht kam zu einer Verurtheilung und zwar erhielt Kottau 8 Tage Gefängniß, sein Gefährte 3 Tage, und das höhere Strafmaß gegen Kottau ward damit begründet, daß er der eigentliche Verführer gewesen sei. Das Schöffengericht muß also sehr fest von der Schuld des Kottau überzeugt gewesen sein. Wegen dieses für ihn sehr verhängnißvolle Urtheil legte Kottau unter Assistenz der Rechtsanwälte Dr. Görz und Achilles Berufung an das hiesige Landgericht ein, und so kam die Sache denn am vorigen Montag erneut zur Verhandlung. Es waren eine Unmasse Zeugen geladen; wenn wir recht unterrichtet sind, ganze 18 Personen. Der Ausgang ist unsern Lesern bekannt. Kottau ward kostenlos freigesprochen. Er erklärte, die Sache sei von seinen Gegnern erfunden, um Rache an ihm zu nehmen, jene seien Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und ihm schon lange feindlich gesonnen, weil er nicht zur Partei, sondern zum Kriegerverein gehöre. Er habe nie Stroh gestohlen. Auch einige Zeugen sagten in ähnlicher Weise aus. Wie die Belastungszeugen gefahren sind, wissen unsere Leser bereits. Der Staatsanwalt hielt ihre Aussagen für bedenklich, da zweifellos ein Macheakt vorliege. Immerhin sei aber das Belastungsmaterial so schwerwiegend, daß er drei Tage Gefängniß beantragen müsse. Selbst das Gericht war noch der Ansicht, daß Kottau eine Person sei, der ein Diebstahl zuzutrauen sei, trotzdem erkannte es, wie angegeben. Dabei hat es nach dem „General-Anzeiger“ besonders darauf hingewiesen, daß die Selbstbezichtigung des Komplizen höchst auffällig und unerklärlich sei. Aus purem Gerechtigkeitsgefühl sei sie wahrscheinlich nicht erfolgt. — Wenn da nur die Herren Richter den Artikel in der zweiten Beilage der Nr. 74 des „Lüb. Volksb.“ vom 28. März d. J., dem sie sonst angeblich soviel Aufmerksamkeit schenken, recht gründlich gelesen hätten! Dann wäre ihnen die Sache schon eher verständlich geworden. Dort schreiben wir:

„Noch im selben Augenblick, wo Kottau, eingedenk der Heiligkeit des Eides, energisch in Abrede stellte, je Stroh gemaußt zu haben, erklärte im Zuhörerraum der Arbeiter M.: „Der Lügt, denn ich habe mit ihm gemeinsam Stroh gestohlen.“

Ist es jetzt nicht klar, woher die Selbstbezichtigung stammt? Hätte M. nicht persönlich Geständniß abgelegt, dann hätten eben Andere ihn angezeigt und die Sache an's Licht gebracht. Und das wäre nicht etwa, wie manche Leute anzunehmen scheinen, lediglich eine „Denunziation aus Rache“ gewesen, nein, das war nicht mehr als Menschenpflicht den armen Leuten gegenüber, die auf das Zeugniß des Kottau hin in's Gefängniß spazieren sollten. Das war Ehrenpflicht derjenigen, die da sahen, daß ihre Brüder, ihre Söhne in Kerker und Unfreiheit schmachten müßten, wenn dem Zeugniß des Kottau Glauben beigemessen würde. Will man ihnen aus diesem rein menschlichen Empfinden einen Vorwurf machen, nun, dann mag man getrost alle bisher gültigen Sittlichkeitsbegriffe über den Haufen werfen, dann gilt Mitleid, Nächsten- und Bruderliebe keinen Pfifferling mehr. Und warum soll an sich die Selbstbezichtigung auffällig sein? Sie ist ausgesprochen worden unter dem zwingenden Eindruck, den die Aussage des Kottau auf M. machte, ein Eindruck, der so begreiflich, so außerordent-

lich selbstverständlich ist für den, der da weiß, wie aufregend Gerichtsverhandlungen auf Laien in solchen Dingen wirken. Die gesteigerte Spannung, die ihn sich selbst vergessen ließ, hat ihm den Ausruf entlockt. Und das soll im höchsten Grade unwahrscheinlich sein? — Uns liegt nichts an der Verurtheilung des Kottau. Der Mann ist uns so gleichgültig wie nur Einer. Wir gönnen ihm, das wiederholen wir, die Freiheit gerne, schon deshalb, weil wir Niemandem die Annehmlichkeiten und Segnungen der „bessernden Strafe“ gönnen möchten. Wenn wir aber die Sache vom menschlichen und rechtlichen Standpunkte beurtheilen, — und man wird uns wohl noch ein Urtheil erlauben — und wenn wir sehen, wie ein solcher Prozeß zu Angriffen gegen uns und unsere Gesinnungsgenossen führt, dann stehen wir nicht an, zu erklären: Wir befinden uns hinsichtlich der Schuldfrage in diesem Prozeß in Uebereinstimmung mit dem Schwartauer Schöffengericht, welches Land und Leute kannte und würdigte, welches zweifellos die hier statt in Betracht kommenden lokalen und persönlichen Verhältnisse besser zu beurtheilen vermochte, als die Lübecker Richter, bei denen dies nicht so sehr der Fall sein kann. Wir trösten uns dabei mit dem angenehmen Gedanken, daß nicht nur ein gelehrter oldenburgischer Richter und zwei bürgerliche Schöffen, sondern auch der Herr Staatsanwalt demselben Glauben huldiert, wir uns also in guter Gesellschaft befinden. Damit ist für uns Franz Kottau abgethan.

Die **Ersatzwahl zur Bürgerschaft im Johannis-Quartier und der Vorstadt St. Jürgen** findet am Donnerstag, den 24. d. Mts., im Concordiapark statt. Seitens der sozialdemokratischen Partei sind folgende Genossen als Kandidaten aufgestellt worden:

Christoph Gottfried Böttcher, Privatier, Johann Carl Theodor Schwarz, Geschäftsführer, Peter Heinrich Pape, Geschäftsführer, Heinrich Joachim Hermann Glau, Zimmermann, Johann Heinrich Joachim Wulff, Schänkwirth, Johann Georg Friedr. Jünemann, Zimmermann, August Heitmann, Hafnarbeiter, Theodor Friedrich Carl Bartels, Obermüller, Emil Ferdinand Feig, Schneider, Carl Heur. Friedr. Wittfoot, Cigarrenfabrikant, Carl Heinrich Theodor Marzahl, Privatier.

Das „Programm“ des Vereins mit dem laugen Namen lautet:

- 1) Erleichterung des Erwerbs des Bürgerrechts,
- 2) progressive Einkommensteuer,
- 3) gerechte Vertheilung der Steuerlasten,
- 4) Verwendung der Staatsgelder für Staats- und nicht für Privatwende (Musikverein),
- 5) zeitgemäße Umgestaltung des Begräbnißwesens,
- 6) Gleichstellung der Grund- und Gebäudesteuer in Stadt und Vorstädten,
- 7) Beseitigung des Unwesens der diätarischen Beschäftigung.

Nichts Halbes und nichts Ganzes!

Der **Annoncenkampf der feindlichen Brüder** wird fortgesetzt. Insbesondere wird das Schlachtwort: „Mit Musik — ohne Musik“ von den Papisten breitgetreten. Daneben lassen sie eine Erklärung vom Stapel, daß sie mit der Anstellung von Heinrich Thiel nichts zu thun haben, und es jedem Wähler überlassen müssen, ob er Verdächtigungen von Personen, die nicht den Muth besitzen, ihren Namen zu nennen, Gehör schenken will oder nicht. Sie hielten es unter ihrer Würde, auf weitere anonyme Angriffe zu antworten. Gleichzeitig fordern sie den Autor des Vorschlags auf, seinen Namen zu nennen, um weiteren Verläumdungen vorzubeugen. — Der wird sich schön drücken. Die „Dummheit“, um mit einem Bürgerrechtsvereiner zu reden, hat doch der „große Unbekannte“ begangen, und der wird nie ermittelt!

Ein **Blinder verurtheilt**. Weil er unter falschen Vorspiegelungen einem Geistlichen 5 Mk. abgeschwindelt hatte, wurde ein blinder Korbflechter vom hiesigen Schöffengericht am Dienstag zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt.

Wer **entschädigt die Betrogenen?** Der Reisende Br. hat verschiedentlich Gelder für gelieferte Zigarren ein-kassirt, ohne hierzu berechtigt zu sein. Er ist deshalb zu 3 Wochen Gefängniß verurtheilt worden. Die Käufer der Zigarren jedoch werden von der Lieferantin, einer Firma in Waden, zur nochmaligen Zahlung angewiesen, obwohl letztere, wie wir uns überzeugen konnten, in einigen Fällen die Quittung des Br. anerkannte.

Vom **Tage**. Einem Kajütspassagier wurde auf der Fahrt von Stockholm nach hier eine silberne Remontoir-uhr gestohlen.

Die **Hanseatische Versicherungsanstalt** hat eine neue Heilstätte für Lungentränke am Oberberge bei St. Andreasberg errichtet, in der zunächst etwa 100 Kranke Unterkunft finden können. Die Anstalt ist Montag eingeweiht worden. — Eine ebensolche Anstalt, für etwa 40 Rekonvaleszenten berechnet, ist von der Braunschweigischen Versicherungsanstalt bei Stiege im Harz gebaut und Montag eröffnet worden.

In das **Handelsregister** ist eingetragen am 22. Juni 1897 auf Blatt 1153 bei der Firma „Carl Horstmann“: Die Firma ist erloschen; auf Blatt 1879 bei der Firma „Rudolph Schmachtel“: Paulina Andrea Elise Köster hat angezeigt, daß sie für die Verbindlichkeiten ihres zukünftigen Gemannes, des Kaufmannes Rudolph Christian Friedrich Schmachtel, überall nicht haften wolle.

Strafentaupe. Seitens des Senates ist der von der Klappentraße in nordöstlicher Richtung abzweigenden neuen Privatstraße der Name Sadowastrafe beigelegt. Zugleich hat der Senat beschlossen, die Benen-

nung auch auf den ersten, von der Fackelburger Allee nach Nordosten gehenden Theil der Klappenstraße auszu-
dehnen.

Hamburg. Gegen den Vorsitzenden des Handlungs-
gehilfen-Vereins „Vorwärts“, M. Josephson, war
von der hiesigen Staatsanwaltschaft ein Verfahren auf
Grund des § 111 St.-G.-B. eingeleitet, weil er in einer
Mitgliederversammlung des genannten Vereins in Be-
ziehung auf antisemitische Handlungsgelüste, die
eine vom „Vorwärts“ einberufene Versammlung ge-
sprengt hatten, gesagt haben sollte: Mit jenen Leuten
sei nicht mehr zu diskutieren, da helfe nur der Knüttel.
Die Polizei hatte in diesen Worten sogar eine Aufreizung
verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthätigkeiten —
strafbar nach § 130 St.-G.-B. — gesehen und ein dies-
bezügliches Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Staats-
anwaltschaft war jedoch mit weniger zufrieden und bean-
tragte Eröffnung des Hauptverfahrens aus § 111. Auf
einen Gegenantrag des Verteidigers Dr. Löwenthal hat
das Landgericht, Strafkammer I, jedoch beschlossen, die
Eröffnung des Hauptverfahrens abzulehnen, weil in den
inkriminirten Worten eine strafbare Handlung nicht zu
erblicken sei.

Yheoo. Ein hiesiger wohlstuurter lediger früherer
Geschäftsmann, jetziger Rentier, hat sich um sich einer
Anklage wegen Sittenverbrechens zu entziehen, durch
Erhängen das Leben genommen.

Nordshleswig. Streik. Sämmtliche Erdarbeiter
an der Grenzbahn-Grube haben die Arbeit eingestellt.
Sie verlangen die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden
verkürzt, worauf der Entreprneur sich durchaus nicht ein-
lassen will.

Soziales und Partei-Leben.

Kapitalistische Internationalität. Die dänischen
Eisenindustriellen haben bekanntlich über „ihre“
Arbeiter den Lock-out (die Aussperrung) verhängt.
Ein Schreiben, das der Verein von Fabrikanten in der
Eisenindustrie in Kopenhagen und den Provinzen Däne-
marks an den Verein deutscher Eisen- und
Stahlindustrieller gerichtet hat, lautet also:
„Nach vergeblichen Versuchen auf dem Wege der Ver-
handlungen, ruhige Arbeiterverhältnisse in unseren Fabriken

zu erlangen, haben die Mitglieder der genannten beiden
Vereine, die den größten Theil der dänischen Maschinen-
fabrikanten vertreten, beschlossen, von heute an den
Lock-out für sämtliche Schmiede und Maschinen-
arbeiter zu erklären. Der Lock-out ist heute in Kraft
getreten und umfaßt vorläufig etwa 2500 Maschinen-
arbeiter und Schmiede. Da die Gewerksvereine, die hier
zu Lande alle unter sozialistischer Leitung stehen, diesen
Schlag dadurch abzuwehren suchen wollen, daß sie die
Arbeiter nach dem Auslande schicken, und
da es uns bekannt ist, daß eine große Zahl schon
nach Deutschland abgereist ist, um Arbeit
zu suchen, so erlauben wir uns, den geehrten Verein
zu ersuchen, durch Mittheilungen hierüber an seine Mit-
glieder so viel als möglich zu verhindern,
daß Schmiede und Maschinenarbeiter,
aus Dänemark kommend, in Arbeit ge-
nommen werden, so lange der Lock-out
nicht gehoben ist, worüber nähere Mittheilung
Ihnen zugehen wird. Indem wir Ihnen im Namen
unserer Vereine dieselbe kollegialische Stille
unsererseits unter ähnlichen Verhältnissen in Deutschland
aufsuchen, ersuchen wir Sie freundlichst, einem der unter-
zeichneten Präsidenten mittheilen zu wollen, wie Ihr Ver-
ein sich in dieser Sache zu stellen gedenkt, so wie auch,
an welche andere Vereine von Arbeitgebern wir Ihrer
Meinung nach diese Verwendung richten sollten.“ — Der
Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller wird in
freundnachbarlicher Unternehmer-Solidarität den dänischen
Eisenherren zu Willen sein. Es handelt sich ja um die
gemeinsame Sache, den Schutz des ungeschmälerten
Profits. — Lübeck hat bekanntlich den Anfang ge-
macht.

Aus Nah und Fern.

Von seiner Tochter erschossen. Eine erschütternde
Tragödie hat sich, wie aus New-York berichtet wird, in
Township Warren bei Mt. Clemens, Michigan, zuge-
tragen. Der deutsche Farmer Friedrich Heidt, einer der
wohlhabendsten Grundbesitzer der Gegend, ist von seiner
eigenen Tochter Minnie in Nothwehr erschossen worden.
Heidt fuhr am Vormittag zur Kirche nach Roseville. In
einer Schänke an der Landstraße betrank er sich in sinn-

loser Weise, und als er am Nachmittag nach Hause zu-
rückkehrte, machte er in seinem Delirium mit einem Rasier-
messer einen Angriff auf seine Tochter. Das Mädchen
rannte in seiner Angst nach dem Holzstalle, ergriff eine
geladene Schrotflinte und drückte diese auf ihren Vater ab.
In die linke Schläfe getroffen, stürzte Heidt augenblicklich
tot zusammen. Minnie Heidt, ein ungewöhnlich hübsches
Mädchen, der Liebhaber der ganzen Nachbarschaft, wurde
bald darauf verhaftet.

Briefkasten.

Zur Beachtung! Wir machen darauf aufmerksam, daß
Auskunft auf Anfragen im Briefkasten nur dann erteilt wird,
wenn die genaue Adresse des Fragestellers angegeben ist. Anonyme
Anfragen werden wir in Zukunft in keinem Falle mehr berück-
sichtigen. Die Redaktion.
Italienische Nacht. Morgen Donnerstag präzis 8 Uhr.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 22. Juni.

Der Schweinehandel verlief gut.
Zugeführt wurden 930 Stück, davon vom Norden — Stück
vom Süden — Stück. Preise: Bestenstücker (schwere 48 — 50 Pf.,
leichte 50 — 52 Pf., Saken 37 — 46 Pf. und Ferkel 47 — 50 Pf.
pr. 100 Pf.)

Der Kälberhandel verlief flau.
Zugeführt wurden 1440 Stück. Unverkauft blieben — Stück
Preise: beste 80 — 90 Pf., geringere 55 — 70 Pf. per 100 Pf.)

See-Berichte.

Dampfer „Elita“ ist am 22. Juni Morgens in Libau ange-
kommen.
Dampfer „Livland“, Ahrens, ist am 22. Juni in Riga ange-
kommen.
Dampfer „Alinea“, Ahberg, ist am 21. Juni in Hangö ange-
kommen.
Dampfer „Ludwig“, Förster, ist am 21. Juni in Neval ange-
kommen.
Dampfer „Europa“, Voigt, ist von Vlyth nach Wafa abge-
gangen.
Dampfer „Luba“, Vomer, ist am 21. Juni in Königsberg an-
gekommen.
Dampfer „Dora“, Bremer, ist am 21. Juni in Danzig ange-
kommen.
Dampfer „Wiborg“, Karstedt, ist am 22. Juni von Kofka nach
Wiborg abgegangen.
Dampfer „Achilles“, Wardwardt, ist am 22. Juni in
Königsberg angekommen.
Dampfer „Kant“, Wulf, ist am 22. Juni von Pillau auf hier
abgedampft.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt
die Redaktion dem Publikum gegenüber
durchaus keine Verantwortung.

Unser Freund **Jochen Bohnsack** zu sin
86. Weegenfest hat drei mal dummerndes Hoch, das
de Mitterstrat wadelt. Zu rah mal.

Logis für 1 oder 2 Mann mit oder ohne Be-
köstigung. Alsterstraße 39.

Gesucht ordentliche Leute, die geneigt sind, ein
Kind gegen Vergütung in Pflege zu
nehmen. Weberstraße 24.

Zu verkaufen ein kleiner gelber Hund billig
Schönkampstraße 6a.

Billig zu verkaufen eine Palme
(Zobgewächse) Wafenihmaner 170/3, 1. Et.

Zu verkaufen fortzugshalber 4 Polsterstühle,
fast neu, eine Waschkommode
und eine Bettstelle. Mühlenstraße 91/3.

Zu verkaufen eine große Sobelbant
gut erhalten. Effengrube 12, 1. Et.

Zu verkaufen ein sehr gut erhaltener Kinder-
sitzenwagen mit Verdeck.
Wolffstraße 23, Hinterhaus.

Zu verkaufen ein neuer Sportwagen
sehr billig. Al. Kiefau 10, 1. Et., links.

Zu verkaufen 1 Haus m. 3 H. Wohnungen
Weicherstraße 21.

Cigarren

gut abgelagert, 10 Stückweise 35, 40, 45
und 55 Pfg., empfiehlt in hervorragenden
Qualitäten

Obertrave 8. Ludw. Hartwig.
Für Wiederverkäufer vortheilhafte Bezugsquelle

Neue Matjes-Seringe

in vorzüglicher Qualität
empfiehlt

H. Theophile
Fleischhauerstraße 89, Ecke St. Johannis.

Von meinem wirklich feinschmeckenden

gebrannten Caffee
per Pfund 80 bis 160 Pfg.
empfehle als ganz besonders preiswerth Nr. 4
Pfund 120 Pfg.

T. Buhrmann.

Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an
liefert prompt und sauber

Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Auction

Am Freitag den 25. Juni, Nachmittags
2 1/2 Uhr, in der Flegelstraße 18a,
soll wegen Sterbefall ein ganzer Hausstand,
bestehend aus 3 Pellerpiegeln mit Confol und
Marmorplatte, 1 Berlikow, ein Sopha mit 4
Polsterstühlen, 2 Korblehnhühle, Küchenschrank,
Commoden, Rauchhische, Wasch-Commoden, 4
hochfeine Wlber, 2 Stand Betten und Bett-
stellen mit Sprungfederrahmen und vieles nicht
Genannte mehr
öffentl. meistbietend gegen Baarzahlung ver-
kauft werden.

J. C. B. Schmehl,
Auctionator und Taxator.

Feinste Meierei-Zafel-Butter
empfehl. Pfd. 95 Pfg. **Reinh. Büsen.**

Holztheer, Kohlentheer,
Carbolineum
empfehl. **Reinh. Büsen.**

Lehnstühle empfiehlt zu sehr billigen
Preisen, **Reisekörbe**, alle Größen, billig zu
verkaufen oder zu vermieten.

Karl Nielsch jun.,
Korbwaarenlager und Reparaturwerkstatt.
71 Engelsgrube 71.

Hochfeine Margarine, Pfd. 55 Pfg., feine
Margarine, Pfd. 40
Pfd. 50 Pfg., hochfeines Schmalz, Pfg. 2
Pfd. 75 Pfg., bei 5 Pfd. a 35 Pfg., feinste
Landmettwurst, Pfd. 95 Pfg., Zilsiter Käse,
Pfd. 30, 60 und 80 Pfg., **Holländischer Käse**,
Pfd. 70 Pfg. und 1 Mt. empfiehlt
Joh. Brede,
Dankwartstraße 37. Mühlenbrücke 7.

Die Weberei von W. C. Kelling
Gr. Bauhof 5
früher **F. J. W. Hopp**
empfiehlt

ihre gut gewebten Bettzeuge,
Barchende, Leinen, Halbleinen,
Drell-Handtücher, Tischtücher u.
Hermetten, sowie doppelt ge-
reinigte Damm- und Bettfedern
zu konkurrenzfähigen Preisen.

Probieren Sie bitte
Ludw. Hartwig's
streng geröstete **Caffees**
naturw. das Pfund zu 1,20 Mt.

Geräuch. Mettwurst
Pfund 60 Pfg.
so lange der Vorrath reicht bei
Lachswehr Allee 25. **Bernhard Grube.**

Holztheer, Kohlentheer,
Carbolineum
empfehl. **Bernhard Grube,**
Lachswehr Allee Nr. 25.

Einladung
zum
Sommer-Fest
des Socialdemokratischen Vereins
bestehend aus Concert, Gesangvorträgen, Ball
und
großartiger Illumination des Gartens
am Sonntag den 4. Juli 1897
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.
Anfang 5 Uhr Nachm. Ende 2 Uhr Morgens.
Eintrittspreis 50 Pfg. Damen frei.
Das Festcomitee.
Karten sind zu haben bei allen Comiteemitgliedern und Vertrauenspersonen, sowie
bei **C. Wittfoot**, Hülfstr. 18, **G. Kühler**, Böttcherstr. 18, **F. Lecke**, Lederstraße,
Schänkwirth **Menschel**, Untertrave 51, **G. Meyer**, Klappenstr. 24 a, u. im Vereinshaus.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:
Umsturz und Socialdemokratie
Stenographischer Bericht der Reichstags-Verhandlungen
über die Umsturzvorlage.
Preis gebunden 80 Pf., broschirt in 5 Heften 60 Pf.
Da es sich um historisches Material handelt, das von bleibendem Werthe ist, so
ist jedem Parteigenossen dieses Buch sehr zu empfehlen.

Grosse Auction!
heute Donnerstag den 24. Juni, Nach-
mittags präzis 2 1/2 Uhr anfangend
in der Hundestr. 41
über: Mobilien, Waaren aller Art, Bettstellen mit
und ohne Sprungfedermatrazen, Bettstirn, ein
gut erhaltenes Dreirad, ein 2thüriger Kleider-
schrank, eine Trittleiter, Kinderwagen, mehrere
Commoden, mehrere Stand neue Betten, div.
gebrauchtes Bettzeug, 2 eiserne Bettstellen, 2
Spielbosen, ein großer Posten Kindermusik-
Instrumente, Spazierhüte, ein großer Posten
Haar- und Hutbürsten, eine noch gut er-
haltene Laden-Einrichtung, Waagschale
mit Gewichten, 2 kleine Ladentische mit
Zubehör, ein Posten hochfeine Cigarren,
Wische in Blechbosen und Holzschachteln, Silber,
Normalwäsche, Herrenhüte, ein Posten Leinen,
Bucksturette, Herrenhosen, Knaben-Waschanzüge,
Kinderschopfzettel, Schürzenzeug, ca. 50 Brode
holsteinischen Käse und vieles nicht Genannte
mehr.
Weitere Zusendungen werden Hundestr. 8 oder
41 erbeten.
J. C. B. Schmehl,
Auctionator und Taxator.

**Mitglieder-
Versammlung**
der
Schauerlente
am Mittwoch den 23. Juni
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.
Tages-Ordnung:
Fragekasten. Verschiedenes.
Der Vorstand.
Neue Damenkapelle
in Stadt Stockholm.
Tivoli-Theater.
Donnerstag, 24. Juni, 7 Uhr, Doppel-Vorstellung.
Die kleinen Lämmer. Operette.
Pagenstreiche. Lustspiel in 4 Akten.
Gewöhnliche Preise.

Aus den Kinderjahren des deutschen Parlamentarismus

I.

In den trüben Jahren nach dem zweiten Pariser Frieden, als das deutsche Volk seine Hoffnungen auf Besserung der vaterländischen Verhältnisse so schmählich getäuscht sah, erwartete man alles Glück von einer liberalen Verfassung, und eine fast abgöttische Verehrung heftete sich an die Namen Konstitution, Volksvertretung, Volksmann. Es ist daher kein Wunder, wenn man die Fürsten, welche zuerst ihrem Volke eine Verfassung gaben, außerordentlich verehrte. Heinrich von Treitschke, der wenigstens dann, wenn es sich nicht um Preußen handelt, sehr scharf sieht, hat in seiner „Deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert“ auf Grund eines unanfechtbaren Quellenmaterials die Verdienste dieser von ihren Zeitgenossen als liberal gepriesenen Fürsten auf das richtige Maß zurückgeführt. Nach Band II, Seite 295 bis 323, 167—169 und 545—585 des genannten Werkes erzählen wir folgende Geschichte des Parlamentarismus in Württemberg.

Im 18. Jahrhundert, dem goldenen Zeitalter des ständischen Absolutismus, wurden die Landstände in den meisten deutschen Staaten ihrer bisherigen Rechte beraubt; nur Mecklenburg und Württemberg erhielten sich ihre landständische Vertretung.

Zwar wurden auch in Württemberg seit Mitte des vorigen Jahrhunderts die Landstände nicht mehr berufen; doch gewann damit der Herzog keineswegs an Macht, sondern die bisherigen Befugnisse der Landstände gingen auf den „kleinen Ausschuß“ derselben über, der wie ein Landesherr schaltete und waltete, ständig in Stuttgart tagte, sich selbst ergänzte und die Einnahmen der ständischen Steuerkasse nach seinem Belieben verwendete. — Auch die lutherische Landeskirche des Herzogthums verfügte unumschränkt über ihren großen Kirchenkasten, in den die Einkünfte von 450 Pfründen floßen. Das hiermit skizzierte „gute alte Recht“ genoß die größte Verehrung und Liebe des Volkes namentlich deshalb, weil es ein Werk rein bürgerlichen Charakters war; denn der Adel war hier von jeher seines eigenen Weges gegangen, hatte die reichsständische Freiheit erworben und kümmerte sich nicht um das Verhältnis zwischen Herzog und Volk. In dem Ausschusse theilten sich daher die lutherischen Prälatengeschlechter mit den Bürgermeisterfamilien in die Herrschaft des Landes.

Die Herzöge von Württemberg geboten als unumschränkte Herren über ihr großes Kammergut, das sie in normalen Zeiten reichlich ernährte. Waren sie durch Verschwendung oder Kriegsnöthe in Schulden gekommen, so baten sie den kleinen Ausschuß um die Bewilligung von Steuern, die ihnen aber nur dann gegeben wurden, wenn sie die landständischen Rechte auf's Neue bestätigten und erweiterten. Seit aber die stehenden Heere aufkamen, erschienen die Herzöge dem Lande als lästige Dränger

und Geisler, die von dem murrenden Ausschusse beständig neue Steuern und Rekruten forderten. Da das Volk ferner Anstoß nahm an der Prachtliebe der Herzöge, an der Günstlingswirtschaft am Hofe und fortwährend über unerträgliche Jagdschäden zu klagen hatte, so bildete sich in Württemberg eine eigenthümliche, aus dynastischer Anhänglichkeit und großem Mißtrauen gemischte Staatsgesinnung, und allgemein herrschte die Ansicht, daß die schwäbische Freiheit nur dann bestehen könne, wenn der Herzog wie ein gefährliches Raubthier sorgsam im Käfig bewacht werde. Das besorgte der „kleine Ausschuß“ denn auch größtentheils mit Erfolg, bis 1770 England, Dänemark und Preußen die Bürgerschaft für einen neuen Erbvergleich übernahmen.

II.

Eine neue Epoche begann für Württemberg, als 1797 Herzog Friedrich II. zur Herrschaft kam, ein durchaus unschwäbischer Charakter, gewaltthätig, gewissenlos, aber auch staatsklug, rasch entschlossen und frei von Kleinlichkeit. Obgleich er ein geschworener Feind der Revolution war, so näherte er sich doch Napoleon I., da er einsah, daß die von ihm heiß ersehnte Gebietsvergrößerung nur dann eintreten könne, wenn er sich unter den Schutz des Kaisers stellte. Im Reichsdeputationshauptschlusse brachte er seinen Raub in Sicherheit; sein Gebiet ward fast um das Dreifache vergrößert, und die Königswürde von Napoleons Gnaden zierte den glücklichen Sieger.

Nachdem das neue Gebiet ein paar Jahre von dem stillen Pfaffenstädtchen Ellwangen aus regiert worden war, beseitigte der Staatsreich vom 30. Dezember 1805 das „gute alte Recht“, und alle Schrecken des Despotismus stürzten über Alt- und Neuwürttemberg herein. Ein Religionsedikt befahl die Gleichstellung der Lutheraner und Katholiken, der Kirchenlasten ward säkularisiert, die ständische Steuerkasse aufgehoben, die regelmäßige Steuerpflicht eingeführt, freilich mit solcher Härte, daß der Grundbesitz fast vier Fünftel des Reinertrages an Steuern zahlen mußte. Eine Begünstigung der adeligen und anderer Herren gab es nicht mehr; aber die Württemberger spürten nichts von dem Segen der modernen Rechtsgleichheit, die ihnen vielmehr als die gleiche Knechtschaft Aller erschien. Ringsum sahen sie nur die Zerstörung verbriefter Rechte, Beamtenwillkür und Steuerdruck. Grundlasten und Frohnden, landesfürstliches Jagdrecht und das verrottete Junktweien blieben bestehen; die geschmacklose Verschwendung des Hofes, die Verworfenheit der königlichen Lieblinge, die Religionspöttelei des Herrschers erbitterten die biederen Württemberger von Jahr zu Jahr mehr.

Als Napoleons Diktatur zusammenbrach, da fühlte der König, daß sein Thron jetzt neuer Stützen bedürfe. Er faßte daher den Plan, durch Gewährung einiger unschädlichen ständischen Rechte seine großen Unterthanen zu versöhnen und sie dem furchtbaren Gedanken der deutschen Einheit zu entfremden. Bald nach dem Wiener Kongreß berief er einen ungetheilten Landtag, der aus 50 Adelligen, 4 Geistlichen und je einem Vertreter der

64 Oberämter und der 7 napoleonischen guten Städte bestand. Noch bevor diese Versammlung zusammentrat, wußte Jedermann, daß ein großer Schlag gegen den König im Werke sei. Das unglückliche Volk gewann das so lange unterdrückte Recht der freien Rede endlich wieder, und alsbald regten sich Alle, welche die Nackenschläge des Despotismus erfahren hatten, die alten Landstände und ihr mächtiger Anhang, die unvergeßlich beleidigten Fürsten und Reichsritter, die früheren freien Städte, die Prälaten. Die Altwürttemberger waren sofort entschlossen, ihre alte Verfassung zurückzufordern, und die Neuwürttemberger stimmten bei, weil dieselbe eine ganze Kammern voll scharfer Waffen gegen monarchische Willkür bot.

Am 15. März 1815 eröffnete der König seinen Landtag und erklärte, daß er durch Verleihung einer Verfassung sein Werk krönen wolle. Es sollte fortan alle drei Jahre ein Landtag, zusammengesetzt wie der heutige, sich versammeln, um auf Vorschlag der Krone über neue Steuern und Gesetze zu berathen.

Eine Herabsetzung der unerträglichen Steuerlast, eine Durchsicht der vielen königlichen Reskripte, die in den vergangenen Jahren das Volk zur Verzweiflung gebracht, ward nicht gestattet, und damit war jede Aussicht auf friedliche Besserung der Landesnoth verschwunden. Kaum hatte sich der König entfernt, da erhob sich Graf Georg von Waldeck und wies das königliche Geschenk zurück, um sodann im Namen des Volkes zu fordern, daß die von allen Regenten beschworene alte Verfassung Württembergs den Verhandlungen zu Grunde gelegt werde. Seine Resolution fand einstimmige Annahme; die soeben feierlich verkündete Verfassung war in einem Augenblick ein werthloses Stück Papier.

Dieses Verhalten trug dem Landtage den Beifall aller Württemberger und die Zustimmung der gesammten deutschen Presse ein. Dem ungeheuren Hass fühlte sich der König nicht gewachsen, und er erklärte sich am sechzehnten April bereit, mit dem Landtage über diejenigen Punkte des alten Rechts zu verhandeln, deren Aufnahme man wünsche. Ein Ausschuß des Landtags nahm hierauf eine Zusammenstellung der Landesbeschwerden vor. Namentlich beklagte er sich über die unglaubliche Willkür der Landvögte und die frevelhafte Verschwendung des Hofes, der jährlich gegen 5 Millionen Gulden, fast ein Drittel der gesammten Landeseinkünfte, verbraucht hatte. Gefordert ward vom Ausschusse namentlich der stehende Ausschuß und die landständische Steuerkasse. Nach einem halben Jahre riß dem König die Geduld, und er verbot den Landtag, der jedoch nicht auseinander ging, ohne am 26. Juli die Bürgen des Erbvergleichs von 1770 zu bitten, die Rechte des württembergischen Volkes zu beschützen. Dies erbitterte natürlich den König, und wenn auch keiner der Garantien sich in diese innere Angelegenheit mischte, so fühlte er sich doch völlig vereinzelt; selbst Metternich sprach sich für die Sache der Landstände aus.

In seiner raschen Art entschloß sich der König jetzt zu einem völligen Systemwechsel, und er berief den

Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Kautsky.

(96. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„St, still!“ sagte er. „Ich will in diesem Augenblick nichts davon hören, ich weiß nichts mehr davon. Valerie, sage mir nur ein einziges Mal noch, daß Du mich liebst, — ich will es aus Deinem Munde vernehmen.“

Sie blickte schen zu ihm auf.

„Gewiß, Stefan, in meiner Gesinnung hat sich nichts geändert, aber — Dein Aussehen macht mir bange. Nun, Du wirst wieder gesund werden, hier bei uns. Du bleibst doch in Lindau, — nicht wahr? O, Du wirst wieder gesund werden, ganz gesund.“

Sie vermochte es jetzt, ihm sanft mit ermunternder Bärtlichkeit in die Augen zu sehen. Stefan hatte die feinen nicht von ihr gewendet.

„Ich glaube wohl, — ich werde wieder gesund werden,“ stammelte er, noch immer wie in einem Taumel befangen. „Ich möchte es — ach das Leben ist so schön — ich muß wieder gesund werden!“ Dann starrte er sie an, und, als käme ihm allmählich die Erkenntniß und als lehre ihm wieder das Bewußtsein der Wirklichkeit zurück, rief er, ausbrechend in wilden Schmerz: „Nein — wozu auch? — Du kannst nie und nimmermehr die meine werden.“

„Stefan,“ bat sie milde, in einem Tone sanften Vorwurfs, „denke nicht daran jetzt, denke vor Allem an Dich, suche Dich zu beruhigen. Du mußt Dich erholen, — wenn Du erst wieder gesund bist, dann kann alles noch gut werden.“

Er schüttelte den Kopf heftig und seine Augen überflogen mit banger Urruhe die sanften und etwas ängstlichen Züge des jungen Mädchens, als suchten sie darin etwas, das nicht mehr darin zu finden war. Sie hatte ihre Hand in die seine gelegt, er hielt sie fest, er drückte sie, als gelte es den Abschied.

„Nein, nein, Valerie, es ist aus, ich werde nie mehr

glücklich werden. Aber Du sollst nicht glauben, daß ich schwach gewesen bin, daß ich Dich leicht hin aufgegeben hätte, Du darfst durchaus nicht gering von mir denken, Du sollst mich nicht verachten.“ Er wandte sich heftig ihr zu.

Valerie legte wie beschwörend, begütigend und mit-leidsvoll ihre linke Hand auf seine rechte Schulter und fuhr schmeichelnd daran herunter. Da — einen Schrei ausstoßend, wirft sie sich schauernd vor ihm zurück, als hätte sie eine Ratter berührt. Sie hatte den Stumpf seines Armes erfaßt und die Hand war sodann an dem leeren Ärmel herabgeglitten.

Stefan sprang in die Höhe. Er hatte alles völlig begriffen, ihre Geberde, dieser Ausschrei voll Grauen und voll Entsetzen. Er hatte ihm Alles gesagt. Er ward ganz blaß wie ein Sterbender, seine Augen blickten wie in ausbrechendem Wahnsinn auf die vor ihm Zurückweichende.

„Du hast es gemußt!“ preßte er hervor, „ich habe Dir meine Verstümmelung niemals verschwiegen.“ Er steht jetzt ihr gegenüber. Das Licht, das vom Fenster hereinfällt, läßt sehr deutlich den schlolternden Ärmel erkennen.

Sie vermag ihre Augen nicht davon abzuwenden, ein Schauer durchzittert ihren Körper. „Ich konnte es mir nicht vorstellen,“ stammelte sie, „ich dachte — nur die Hand — nicht so — nicht so, — ach, das ist gräßlich!“ Und nun schlägt sie, in Thränen ausbrechend, beide Hände vor ihr Gesicht, und sinkt, den Kopf gegen die Mauer schlagend, auf die Bank zurück. Sie schluchzt laut und unaufhaltsam. Sie kann nicht anders, Schmerz und Entsetzen überwältigen sie. Sie weint über ihn und über sich selbst.

Es dauerte lange, ehe sie die Hände von den weinenden Augen nahm. Warum sagte er nichts? Warum versuchte er nicht, sie zu beruhigen, zu trösten? Sie sah um sich. Stefan war verschwunden.

Einen Augenblick war sie fassungslos. Was bedeutete das? War er fortgegangen ohne Gruß, ohne ihr etwas zu sagen, oder hielt er sich nur verborgen? War er

hinter einen dieser Pfeiler getreten? Sie begann ihn zu suchen, sie rief seinen Namen, der leere Raum warf schrill nur den Ton ihrer eigenen Stimme zurück. Es begann ihr unheimlich zu werden, sie schluchzte auf's Neue. Sie bereute ihr Benehmen, sie klagte sich selbst an, sie hatte ihm wohl recht wehe gethan, aber sie konnte doch nichts dafür, es war so plötzlich gekommen, es war stärker als sie gewesen. Und dann, war sie nicht selbst unglücklich, war sie nicht selbst ein Opfer? Die Gaoistin, sie dachte doch immer nur an sich, sie wußte nicht, was dieser Jüngling für sie gewagt und gelitten, und daß sie dem Verzweifelnden den Todesstoß gegeben mitten in's Herz hinein. Sie hatte die Halle in allen Richtungen durchschritten, er war nicht mehr hier anwesend; er mußte dieselbe in dem Augenblick verlassen haben, wo sie, in Thränen ausbrechend, fast besinnungslos zurückgefunten war. Aber er konnte nicht weit sein. Sie lief hinaus, sie sah nach allen Richtungen und begann endlich gegen Lindau hinabzugehen. Sie forschte nach rechts und links, ob sie ihn nicht im Gebüsch liegend trafe — nichts, nichts. Sie verdoppelte ihre Schritte, sie fing zu laufen an, sie vermochte ihn nicht einzuholen, keine Spur von ihm.

Athemlos hielt sie inne. Sie begann, über ihre Lage nachzudenken. Die Dämmerung war hereingebracht, sie durfte nicht mehr weiter. Was wollte sie denn auch? Stefan war in seinem Schmerz, vielleicht auch nur in einer Annäherung troziger Verleththeit davongegangen; er konnte Lindau längst erreicht haben. Sollte sie bis in's Dorf ihm nach? Sollte sie ihn bei seinem Vater aufsuchen oder — bei seiner Vertrauten, der Randl? — Diese letztere Annahme besonders regte ihren weiblichen Stolz auf, — nein, das konnte sie nicht, nimmermehr! Sie ging langsam zurück.

Wieder begann sie nachzudenken, und sie vergegenwärtigte sich das blasse Antlitz mit den febergänzenden Augen. Wenn sie ihn wirklich gekränkt, den armen Kranken — ach, sie hätte in ihrem guten, gefühlvollen Herzen ihn gerne tausendmal um Verzeihung gebeten, sie hätte ihm Trost zusprechen mögen. — Trost?! fragte sie

Freiherrn von Wangenheim in's Kabinet, um den Verfassungszwist zu beendigen. Der im Oktober 1815 wieder einberufene Landtag forderte sofort das „alte Recht“ für den ganzen Staat, und wider Erwarten gewann Wangenheim am 11. November den König dafür, daß man den Altrechtlern ihr theures Prinzip zugestehen müsse. Demgemäß ließ der König am 13. November erklären, er bestreite nicht die Gültigkeit der alten Verfassung, wohl aber ihre Anwendbarkeit, und gleichzeitig bot er folgende Zugeständnisse: unbeschränktes Steuerbewilligungsrecht, Verantwortlichkeit aller Staatsdiener und gemeinsame Revision aller seit 1806 erlassenen Gesetze. Diese Zugeständnisse wären wohl annehmbar gewesen; aber der Landtag hatte sich so verannt, daß er von seinen Forderungen, dem stehenden Ausschuss und der ständischen Kasse, nicht lassen konnte. Zudem mehrte jetzt Wangenheim die Verwirrung, indem er das Einkammersystem angriff und auf Schaffung einer besonderen Adelskammer drängte. Eine Einigung kam daher nicht zu Stande. Zudem reizte der König auf's Neue das Volk durch Ausbrüche seiner despotischen Natur; der Landtag hingegen drohte, er wolle das Volk zur Steuerweigerung auffordern. Die Erregung wuchs derartig, daß man eine anonyme Schrift, die sich für Annahme der königlichen Vorschläge aussprach, an den Galgen hängte und dem König das Schicksal des vertriebenen Herzogs Ulrich androhte. Da räunte ein freundliches Gesicht den König am 30. Oktober 1816 hinweg, und ihm folgte sein Sohn Wilhelm, auf den das Volk große Hoffnungen setzte.

Soziales und Partei-Leben.

An die Maurer Deutschlands! Seit 14. Juni befinden sich die Maurer Berlins im Streik. Sie fordern 60 Pf. Stundenlohn. Durch einmütiges Vorgehen ist in 6 Tagen ein günstiges Resultat erzielt worden. Auf 406 Baustätten ist unsere Forderung bewilligt, es arbeiten dort 4595 Kollegen. 63 Bauten liegen still, darunter die größten. Auf 223 Baustätten wird noch zu den alten Bedingungen gearbeitet, es sind daselbst 1224 Mann beschäftigt; darunter sind 86 Bauten, die nur theilweise besetzt sind. Die Zahl der Streikenden beträgt 1640. Kollegen Deutschlands! Wir erwarten von Euch, daß Ihr uns in diesem Kampfe moralisch unterstützt, indem Ihr den Zugang von hier fernhaltet. Mit kollegialem Gruß: Die Bohntommission der Maurer, Grenadierstraße 33, Berlin.

Aus Nah und Fern.

Arbeiterkrisis. Braunschweig, 18. Juni. Die „Neuesten Nachrichten“ melden aus Peine: Heute Abend stürzte das Gerüst an der Kirche ein; vier Mann waren sofort todt. — Tilsit, 17. Juni. Den „Tils. Nachr.“ zufolge wurden beim Einsturze eines Neubaus zehn im Keller arbeitende Maurer verschüttet. Die Feuerwehr förderte alsbald die Verunglückten zu Tage. Zwei Schwerverletzte wurden in die hiesige städtische Heilanstalt übergeführt. Die Verletzungen der Uebrigen sind nicht lebensgefährlich. Seitens der Staatsanwaltschaft ist Untersuchung eingeleitet.

Der Mord bei Dardeheim. Vor dem Schwurgericht zu Halberstadt begann am Mittwoch die Verhandlung wegen eines Vergehens, das in seiner Art einzig dastehen dürfte und einen romantischen Hintergrund hat. An einem Jagdgelände zu Dardeheim am 16. Dezember v. J. hatten u. A. auch die Landwirthe Max Brüning und Friedrich Bothe aus Badersleben theilgenommen. Gegen 1 Uhr Nachts fuhren sie mit dem Brüning'schen Wagen zurück nach Badersleben. Untertwegs ist Beiden ein „Unfall“ zugefallen, der dem Bothe das Leben kostete und Brüning wegen Mordes in das Untersuchungsgefängniß und jetzt auf die Anklage-

bank führte. B. wurde übel zugerichtet, in seinem Blute schwimmend und in bewußtlosem Zustande im Chausseegraben aufgefunden. Auf dem Kopfe hatte er mehrere große Wunden, die sich bis auf die Stirn erstreckten. Eine Wunde war derartig groß, daß man in die eingeschlagene Schädelhöhle und auf das Gehirn sehen konnte. Auf dem Vexieren lagen Splitter des zerfallenen Schädelbaldes. Brüning wollte ebenfalls schwer verletzt sein und gab an, Beide seien, weil das Pferd durchgegangen war, aus dem Wagen geschleudert. Hierbei sei der Wagen umgestürzt, die Scherbäume abgebrochen und das Pferd ohne Wagen nach Hause gerauscht. Er selbst habe stundenlang bewußtlos am Straßentrande gelegen und bei seinem Erwachen den Bothe schauerhaft zugerichtet vorgefunden. Diese Schilderung des Brüning soll jedoch mit dem tatsächlichen Befunde in keiner Weise übereinstimmen. Gewehre, geschossene Hasen, Decken, Sack und Rissen wurden noch im Wagen liegend vorgefunden, die bei einem Sturz, der die beiden Insassen herausgeschleuderte, ebenfalls hätten herausfallen müssen. Auch der Befund der Scherbäume soll nicht für das Durchgehen des Pferdes sprechen. Der Wagen soll außerdem erhebliche Blutspuren zeigen. Der linke vordere Bodensitz auf welchem, laut Angabe des Brüning, Bothe gefesselt hat, das Polsterkissen und die Bodrückenlehne sollen förmlich mit Blut durchtränkt gewesen sein. Im Wagen sollen außerdem Haare gefunden worden sein, die vom Kopfe des Bothe herrühren, und zwar in einer Beschaffenheit, die darauf schließen läßt, daß sie dem B. mit den Wurzeln ausgerissen worden seien. Ferner ist in der Nähe der Unfallstelle eine dem Brüning gehörende eiserne Keule gefunden worden, an welcher Blutspuren und Haare vom Kopfe des Bothe klebten. Endlich waren auch die Verletzungen des Bothe derartig, daß sie nicht durch das Herausgeschleudern aus dem Wagen, sondern nur mittels eines stumpfen Instruments ihm beigebracht sein können. Da außerdem Brüning zu Frau Bothe verbotene Beziehungen unterhalten haben soll, so nahm die Anklagebehörde an, daß Brüning den Bothe erschlagen habe, um alsdann dessen Frau zu heirathen. Nach langem Zeugnen legte Brüning ein theilweises Geständniß ab und gab zu, er habe dem Bothe mit einer eisernen Keule, die bei der Viehtränke gebraucht werden solle, zweimal auf den Kopf und einmal auf die Hand geschlagen. Sie seien ins Ringen gekommen, weil Bothe zu ihm gesagt habe, es würde ihm gelingen, mit der Schwester des Angeklagten intimen Verkehr zu unterhalten. Der Angeklagte bestritt, die eiserne Keule absichtlich mitgenommen zu haben, und versicherte, daß es ihm, während Bothe ihn an der Brust gepackt hatte, möglich war, sie aus der hinteren Wagentasche hervorzuholen. Im weiteren Verlaufe der Zeugenvernehmung wurde bekundet, daß die Keule, die bei der Viehtränke verwendet werden sollte, wegen ihrer Schwere niemals in Gebrauch genommen worden sei. Die als Beugin vernommene Schwester Brüning's bestritt jeden intimen Verkehr mit Bothe, und erklärte auch, Bothe habe sich ihr gegenüber nie unanständig benommen. Bothes Frau bestritt, mit Brüning intimen Verkehr gehabt zu haben, wurde aber nicht vereidigt, weil das Gericht sie der Theilnahme am Morde ihres Mannes verdächtig hält. Am Sonnabend fand die Verhandlung ihren Abschluß. Die Geschworenen erkannten den Angeklagten Brüning, unter Verneinung mildernder Umstände, des Todtschlags schuldig. Der Staatsanwalt beantragte 15 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, der Gerichtshof erkannte auf 14 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Ein Kämpfer für Ordnung, Sittlichkeit und Familie. Unangenehm wurde die Frau des Polizeiergeanten W. aus A s c h e r s l e b e n überrascht, als sie einige Tage in Buttschadt bei ihrer Mutter zum Besuch war. Während ihrer Abwesenheit ist ihr Mann mit der Frau eines Anderen durchgebrannt und hat der Aermsten nach Beiseitigung des baaren Geldes und der Wirtschaftsgegenstände fast weiter nichts zurückgelassen, als drei seiner

Die Kinder lachten ihm in's Gesicht und meinten, die Kranke sei vor einer Stunde hier vorüber spaziert, und der kleine Junge des Försters, der soeben bei der Schaar eintraf, sagte aus, er wäre ihr im Walde begegnet, und sie wäre an ihm vorübergeschossen, als ob's brannte.

„In welcher Richtung ging sie weiter?“

„Immer gradeaus, dem Schlüssel zu.“

Erwald wußte genug. Er nahm denselben Weg. Er wollte ihr nachgehen, sie überraschen; er traf sie erst bei der Ruine selbst — allein — in Thränen. Es war also bloß Schwärmerei gewesen, ein romantischer Hang, der sie hierhergetrieben, das Bedürfnis, das alle Mädchen haben, die nichterwiderte Liebe in ihrem Busen zu nähren, das Bedürfnis, in ungestörter Einsamkeit sich auszuweinen, nichts weiter.

Lächelnd trat er auf sie zu. Es waren sanfte Worte des Vorwurfs, die er an sie richtete. Sie erhobte sich, sie hielt ihr Tuch vor die Augen und schluchzte. Sie war wirklich zu tief betrübt, zu unglücklich, um eine Entschuldigung oder Beschönigung ihres Hierseins auch nur zu versuchen.

Wenn je eine Bedenklichkeit über diesen Schritt in Erwalds Gemüth aufgestiegen wäre, so hätte sie nichts Besseres thun können, um sie zu verschweigen. Sie hatte wohl nichts weiteres zu gestehen, dachte er, als was er ohnehin schon verstanden, nur zu gut verstanden hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Kinder. Das jüngste, ein Mädchen im schulpflichtigen Alter, nahm er mit sich. Von dem Flüchtigen, dessen neue Liebste ihrem Manne sechs Kinder zurückließ, fehlt bis jetzt jede Spur.

Wieder Einer! Wie eine Depesche aus Kaiser's-Lautern meldet, wurde der dortige Stadtpfarrer Lorenz vom Speyrer Bischöflichen Ordinariat wegen unsittlichen Verhaltens, wegen Umganges mit einer Näherin, abgesetzt.

Muster-Antisemiten. Vorige Woche fand in Wien der Prozeß der Reichsrathsabgeordneten Kellner Mittermayer gegen den Arbeiterführer Schuhmeier statt, der Ersteren in verschiedenen Wählerversammlungen des Diebstahls beschuldigt hatte. Der Beklagte führte den Wahrheitsbeweis und wurde mit der Begründung freigesprochen, daß der Wahrheitsbeweis gelungen sei. Der Abgeordnete Mittermayer, auf dem nun der Mal eines Diebstahls haftet, ist bekanntlich als christlich-sozialer Kandidat in der allgemeinen Kurie des fünften Wiener Wahlkreises gewählt.

Standesamtliche Nachrichten.

vom 13. bis 19. Juni 1897.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.

Juni 10. Zimmergesele Johann Heinrich August Dierkop. 11. Landrichter Carl Ehrich Brodmann. Dampfschiffs-Kapitän Carl Joachim Friedrich Ahrens. 12. Matergesele Wilhelm Hinrich Christian Müller. Arbeitsmann Karl Johann Heinrich Post. Schmiedegesele Carl Joachim Heinrich Christian Post. Eisenbahn-Bremser Carl Christian Friedrich Johann Martin Brodthagen. 13. Schuhmachergesele Eduard Emil Monte. Sattler und Tapezierer Heinrich Friedrich Johann Neelsen. Kutcher Heinrich Friedrich Gottlieb Mall. 14. Matergesele Wilhelm Heinrich Friedrich Perison. 15. Arbeitsmann Hinrich Christian Friedrich Briggers. Schugmann Gustav Wagnitz. 16. Kaufmann Jacob Hermann Nelmers. 17. Privatpostbriefträger Joachim Gustav Friedrich Schoenbaum.

b) Mädchen. Namen und Beruf des Vaters.

Juni 6. Arbeitsmann Heinrich Andreas Theodor Brandt. 9. Arbeitsmann Johann Joachim Heinrich Josefmann. 10. Tischlermeister Johann Carl Wilhelm Lembke. 11. Uhrmacher August Carl Wittner. Eisenbahn-Bremser Johann Heinrich Christian Mall. 12. Zimmergesele Carl Gustav Julius Schumann. Wagenschieber August Ludwig Emil Dietz. Matergesele Wilhelm Johann May. Schugmann Johann Carl Heinrich Humberg. Stations-Assistent Hugo Friedrich Weinroth. Schuhmachergesele Hans Hinrich Friedrich Busch. 13. Kutcher Johann Heinrich Friedrich Wegner. 14. Arbeitsmann Johannes Heinrich Friedrich Theodor Eretow. Arbeitsmann Georg Hinrich Christian Friberg. Arbeitsmann Hermann Ludwig Probst. Kaufmann Felix Jürgen Heinrich Decken. 15. Arbeitsmann Heinrich Gottlieb Jauch. 18. Arbeitsmann Johannes Dellew Wilhelm Behrendt.

Sterbefälle.

Juni 12. Magdalena Sophia Elise geb. Dandel, Ehefrau des Malers Johann Hinrich Evers, 70 J. 13. Ein Knabe, 23 Stunden, B.: Matergesele Wilhelm Hinrich Christian Müller. Rechtsanwält und Notar Dr. jur. Carl Friedrich Lindenberg, 61 J. Witwe Henriette Dorothea Magosky, 74 J. 14. Auguste Christiana Dorothea geb. Witz, Ehefrau des Hofers Johann Jochen Christian Wits, 63 J. Gustav Friedrich Wilhelm Weese, 1 M. Anna Catharina Maria geb. Dietz, Ehefrau des Kaufmanns Joh. Joachim Niechoff, 88 J. Maria Catharina geb. Ladewig, Wittwe des Fleischermeisters Hans Christian Hinrich Bruns, 70 J. Arthur Carl Emil Gbdele, 4 M. Wolff Alwin Andreas Herben, 1 J. 15. Pensionierter Bahnwärter Jochim Hinrich Christoph Peters, 81 J. Thekla Albine Emma Werner, 23 J. 16. Minna Anna Doris Mett, 3 J. 17. Paul Carl Lindehoff, 1 J. 8 M. Johannes Bollert, 8 J. (Spiritusgift). Hospitalist Jürgen Friedrich Nicolaus Klempau, 70 J. (Klein Erbsen). Anna Catharina Dorothea geb. Hellmann, Ehefrau des Arbeitsmanns Johann Joachim Hinrich Wulff, 54 J. Catharina Margaretha Elisabeth geb. Schwarz, Wittwe des Wüthchers Gustav Ernst Friedrich Lange, 46 J. 18. Haupt-Cassen-Beudant a. D. Anton Heinrich Christian Meyer, 63 J. Elise Fanny Adelheide Eugenie geb. Berg, Ehefrau des Wüthcers Franz Carl Georg Heinrich Wilhelm Otto, 23 J. 19. Karoline Sofie Beitha geb. Faust, Ehefrau des Arbeitsmanns Friedrich Johann Joachim Heinrich Prahl, 43 Jahre.

Angerordnete Aufgebote.

14. Juni. Schugmann Johann Hinrich Ferdinand Grimm und Katharine Maria Dorothea geb. Hübsfeld, des Arbeiters Johann Heinrich Friedrich Wichmann Wittwe. Schriftföher Carl Wilhelm Ludwig und Maria Johanna Wilhelmine Neel. 15. Revisionsaufseher Johann August Friedrich Schulmann und Emma Christine Dorothea Sachau. Wüthchergesele Wilhelm David Hermann Warnde und Maria Emilie Friederike Dohrendorf. Schugmann Wilhelm Heinrich Franz Ganger und Emma Theresie Mathilde Buntrod zu Berlin. 16. Steinhauergesele Carl Friedrich Detlef Stieber und Johanna Catharina Dorothea Margaretha Post. Kaufmann Wilhelm Carl Longuet zu Hongkong und Konline Wolter. Schlossergesele Jochim Carl Friedrich Siebel und Ida Catharina Elisabeth Högweber. Schriftföher Paul Bernhards Heinrich Löwigt und Auguste Elise Sophie Kruse. 17. Tapeziergesele Johannes Heinrich Theodor Gerke und Christine Marie Elisabeth Westphal. Kaufmann Friedrich Johannes Weisel und Emma Johanna Magdalena Hirsacker. Arbeiter Jochim Friedrich Carl Windelmann und Friederike Elise Maria Wüthcher. 18. Buchdrucker Otto Emil Christian Upahl und Elise Maria Friederike Raub zu Pohnsdorf. Buchbinder Ernst Holzwarth und Christine Dorothea Friederike Jürgenzen zu Sonderburg. 19. Wüthchergesele Friedrich Wilhelm Theodor Reinhardt und Caroline Elise Maria Fick. Architekt Anton Krüger und Elise Katharine Friederike Sülke. Matergesele Heinrich Johann Hans Wilhelm Nordström und Anna Maria Dorothea Christine Matthieszen. Wüthcher Heinrich Deeling und Auguste Caroline Dina Frieda Bahne, beide zu Vant. Artist Ludwig Carl Joseph Seien und Karoline Moreo, beide zu Rendsburg. Bäcker Max Alwin Wünsche und Ida Martha Bauriegel, beide zu Stolpen.

Eheschließungen.

15. Juni. Beruführer Johann Heinrich Christian Wulff und Maria Sophia Magdalena Wöhlte. Buchhalter Anton Friedrich Johannes Stöter zu Berlin und Martha Wilhelmine Sofia Schmedemann. Zahnmeister-Apirant von der 2. Compagnie 3. Hanseatischen Infanterie-Regiments Nr. 162 Heinrich Erwald Gottfried Brandt und Bertha Maria Wilhelmine Schmidt. 18. Arbeiter Friedrich Hermann Jochen Max Christian Schütt und Emma Caroline Elise Schütt. Arbeiter Johann Jochim Friedrich Ricmann und Charlotte Michel. 19. Schneidergesele Franz Gopa und Catharina Johanna Dorothea Hagen. Kaufmann Friedrich Johannes Köhn und Johanna Catharina Trageborg Busch. Metzger Ferdinand Carl Anton Müller und Ida Bertha Klockmann.

sich mit plötzlichem Besinnen. Konnte sie ihn trösten, und womit? Sie fühlte, daß sie es nicht könne, sie fühlte, daß sie nimmer Hoffnungen in Bezug auf ihre Person in ihm erwecken durfte, denn — sie schauderte abermals — sie konnte ihm fortan nicht Liebe mehr versprechen, sie konnte ihm nichts mehr sein, dem armen Verstummlen, als eine Freundin. Sie glaubte in diesem Augenblick sein ganzes Glend mitzuempfinden, und als sie sich nun wieder der Ruine näherte, glaubte sie vor Ermattung nicht weiter zu können. Sie setzte sich auf eine Moosbank und brach neuerlich in einen Strom von Thränen aus. Sie war sich in diesem Moment ihrer eigenen Schwäche recht wohl bewußt, aber was vermag ein armes Mädchen einem so traurigen Schicksal gegenüber anderes zu thun, als sich weinend daren zu ergeben!?

Stille Schritte ließen sie rasch den Kopf erheben. Kam Stefan zurück? Nein, sie hatte, trotz der Dunkelheit, in dem Herannahenden sogleich Erwald erkannt. Auch er hatte sie bemerkt und stand im nächsten Augenblick an ihrer Seite.

Er sah befriedigt aus. Seine Kombinationen hatten sich als richtig erwiesen. — Sobald er von seinem Rittersdienst von der Tante losgekommen, war er spionierend um das Haus des Bürgermeisters herumgeschlichen. Er hörte den wüsten Lärm der Kinder im Garten, und nur, um sie auszuholen, fragte er sie, ob ihnen denn das Lärmen nicht verboten wurde, da doch Fräulein Valerie krank sei.